

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 1/19. Jg.

Mitteilungsblatt

Januar 2013

Zu diesem Heft:

Mit diesem Heft wenden wir uns einem Thema zu, das sich in diesem Jahr sowohl in seinen historischen wie aktuellen Bezügen immer wieder aufdrängen wird: der vor 80 Jahren etablierten faschistischen Diktatur der deutschen Großbourgeoisie - der größten Katastrophe der deutschen Geschichte mit verheerenden Auswirkungen (und Nachwirkungen bis heute) auf die europäische und Weltgeschichte. Dieser Problematik sind Beiträge aus der Tätigkeit des Arbeitskreises gewidmet, die sich mit der politischen Entwicklung hin zum 30. Januar 1933, Kreisen des Großkapitals als der entscheidenden Triebkraft dieser Entwicklung und der Mitwirkung der bürgerlichen Parteien und anderer Institutionen in diesem verhängnisvollen Prozess beschäftigen. Sie wenden sich gegen die Fundamentallüge von der "nationalsozialistischen Machtergreifung", die Leugnung bzw. Vernebelung des *kapitalistischen* Wesens der faschistischen Macht und die den bürgerlichen Mainstream prägende Tendenz, die Verantwortung der bürgerlichen Machteliten für die Katastrophe zu leugnen oder kleinzureden und sie statt dessen den "blinden" Massen aufzubürden.

Mit dem Beitrag von Kurt Laser schließen wir die Information über unsere Konferenz "Sozialisten im Kampf um den Frieden" ab. Der Plan unserer Veranstaltungen im Jahre 2013 (S. 34) geht mit mehreren Vorhaben auf die Problematik der faschistischen Diktatur in Deutschland und des antifaschistischen Widerstandes ein, insbesondere mit zwei Konferenzen im Juni und Oktober.

Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vor 150 Jahren - von der *heutigen* SPD als *ihren* Gründungsakt in Anspruch genommen - regt dazu an, auf einer Konferenz am 23. Februar (S.36) sowohl die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und ihre Brüche wie auch die historische Bilanz, die Probleme und Perspektiven der aus ihr hervorgegangenen SPD zu diskutieren. Den 100. Todestag August Bebelns nehmen wir zum Anlass, um auf einem Kolloquium am 3. August die Gewichtigkeit und Aktualität des revolutionären Erbes dieser großen Gestalt der deutschen und internationalen sozialistischen Bewegung zu erörtern.

Mehrere unserer Donnerstag-Veranstaltungen sind Problemen der Klassenaueinandersetzung in Deutschland unter den Bedingungen des Bestehens zweier deutscher Staaten gewidmet, einer Thematik, die keineswegs "verjährt", sondern an aktueller Brisanz gewinnt. Andere sind Ereignissen und Problemen der internationalen Entwicklung zugewandt.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Heinz Karl November 1932: Wird Hitler gestoppt?	S. 3
Dr. Reiner Zilkenat Das deutsche Großkapital, der Keppler-Kreis und die NSDAP: Zur Vorgeschichte des 30. Januar 1933	S. 10
Dr. Kurt Laser Den Rüstungswahnsinn beenden!	S. 23
Dokumentation Zum "Tag von Potsdam" und zur Reichstags-Sitzung am 23. März 1933	S. 25
Veranstaltungen des Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE 2013	S. 34
Einladung zur Konferenz "150 Jahre deutsche Sozialdemokratie" am 23. Februar 2013 in Berlin	S. 36

Impressum:	Die GeschichtsKorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail. E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit. Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion. Die GeschichtsKorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.
Herausgeber:	Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.
Redaktion:	Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.) Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint April 2013.

Prof. Dr. sc. Heinz Karl

November 1932: Wird Hitler gestoppt?*

In gut zwei Monaten jährt sich zum achtzigsten Mal der Tag, an dem die größte Katastrophe der deutschen Geschichte, ihre finsterste und schmachvollste Periode begann. Die bürgerliche Geschichtsschreibung und Publizistik ist von jeher - und verstärkt seit der Einverleibung des alternativen, sozialistischen deutschen Staates in die kapitalistische, imperialistische BRD - bemüht, den Weg in diese Katastrophe zu vernebeln, ihn als alternativloses Verhängnis hinzustellen, Ursachen und Triebkräfte dieser Entwicklung zu verschleiern und zu verfälschen und damit der Frage nach der *historischen Verantwortung* auszuweichen oder sie demagogisch, geschichtsfälschend zu beantworten.

Dies ist nur möglich, wenn grundlegende geschichtliche Tatsachen ausgeblendet werden: - dass der größte Teil des Großkapitals, des Großgrundbesitzes, des Militärs, der Staatsbürokratie die ihnen durch die Novemberrevolution 1918/19 aufgezwungene parlamentarische Demokratie von Weimar als "Republik auf Zeit" (W. Ruge) betrachteten, sie zunehmend als Hemmnis der Profitmaximierung, der Revanchepolitik und Wiederaufrüstung empfanden; - dass die führenden Unternehmerverbände dies bereits 1927 deutlich artikulierten und 1929 lauthals verkündeten; - dass mit dem Übergang zur Präsidialdiktatur 1930 sich ein antiparlamentarisches, autoritäres Regime entwickelte, das einerseits offen Demokratieabbau betrieb, andererseits mit den faschistischen und faschistoiden Kräften zunehmend kollaborierte; - dass *alle* bürgerlichen Parteien diesen Kurs unterstützten oder sogar forcierten; - dass die Sozialdemokratie diesen Kurs als angeblich "kleineres Übel" offen "tolerierete", ihn ermöglichte (und hinter den Kulissen auch *akzeptierte*) und als Regierungspartei (vor allem in Preußen) an seiner Durchsetzung mitwirkte.¹

Und ausgeblendet wird auch, dass die KPD - zunehmend unterstützt durch andere antifaschistische, teilweise auch bürgerlich-demokratische, pazifistische, linke christliche Kreise, soziale Bewegungen, Initiativen usw. - dieser gefährlichen Entwicklung Widerstand entgegensetzte, der in der Antifaschistischen Aktion seit Ende Mai 1932 kulminierte, und eine antifaschistische Alternative aufzeigte.

Es gab eine Chance

Die Reichstagswahlen am 6. November 1932 zeugten von einer Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zuungunsten der Reaktion. Die faschistische Nazipartei erlitt eine schwere Niederlage - sie verlor zwei Millionen Stimmen. Der Rückgang ihres politischen Einflusses löste in der Nazipartei eine tiefe Krise aus, die auch Auflösungserscheinungen zeitigte. Dabei war der Tiefpunkt offenbar noch nicht erreicht. Ihre Stimmenverluste setzten sich fort bei der Lübecker Bürgerschaftswahl und den sächsischen Kommunalwahlen am 13. November und bei den Kommunalwahlen in Thüringen - wo sie seit August regierte - am 4. Dezember. Beredtes Zeugnis legt das Tagebuch ihres Reichspropagandaleiters Joseph Goebbels ab. - 7. November: "Auf dem Berliner Gau herrscht eine sehr gedrückte Stimmung ..." - 10. November: "Überall tauchen nun Ärger, Streit und Mißhelligkeiten auf." - 11. November: "Kassenlage der Berliner Organisation ... ist ganz trostlos. Nur Ebbe, Schulden und Verpflichtungen, dazu die vollkommene Unmöglichkeit, nach dieser Niederlage irgendwo Geld in größerem Umfange aufzutreiben." - 6. Dezember: "Die Lage im Reich ist katastrophal. In Thüringen haben wir seit dem 21. Juli nahezu 40 Prozent Verluste erlitten." - 8. Dezember: Gregor Straßer, der "zweite Mann" nach Hitler, legt unerwartet alle seine Ämter nieder. Goebbels kommentiert hysterisch: "Verrat! Verrat! Verrat! ... In der Organisation herrscht schwere Depression. Die Geldsorgen machen jede zielbewußte Arbeit unmöglich. ... Die Inspektoren der Partei sind beim Führer versammelt. ... Wir sind alle sehr deprimiert. ... die Gefahr besteht, daß die ganze Partei auseinanderfällt. ... Die Lage in der Partei spitzt sich von Stunde zu Stunde zu. ... Der Führer ... verbittert ... sagt nur: 'Wenn die Partei einmal zerfällt, dann mache ich in 3 Minuten mit der Pistole Schluß.'"²

Die Stimmenverluste der Nazis kamen zu einem reichlichen Drittel den Deutschnationalen zugute - fast zwei Drittel entfielen auf Nichtwähler. (Die Wahlbeteiligung war von 84,1 % im Juli auf 80,6 % im November zurückgegangen, die abgegebenen Stimmen um über 1,4 Millionen.) Die November-Wahl bestätigte abermals, dass die Nazis sowohl ihre Wähler im Wählerreservoir der anderen bürgerlichen Parteien rekrutierten, als auch ihre Verluste an diese zurückgaben. Die rasante Zunahme der Nazi-Wählerschaft bis Sommer 1932 erklärt sich ja vor allem daraus,

dass die Wähler der bürgerlichen Parteien durch diese darauf vorbereitet waren, immer weiter rechts zu wählen, in Krisensituationen sich für *rechte* "Lösungen" zu entscheiden. Das erforderte gar keinen Sinneswandel, denn alle bürgerlichen Parteien waren militant antikommunistisch, mit Ausnahme eines immer schwächer werdenden linken Flügels der kleinsten bürgerlichen Partei, der DDP, auch nationalistisch, revanchistisch und antisemitisch. Ungeachtet der natürlichen Parteienkonkurrenz leisteten sie den Nazis objektiv unbezahlbare Zutreiberdienste. Eine große Rolle spielte dabei auch die bürgerliche Presse, die zum weitaus überwiegenden Teil rechtsorientiert war. Neben der unmittelbaren Unterstützung durch das Großkapital - die in diesen Monaten ja zu einer Lebensfrage für die Nazis wurde (siehe Goebbels) - und dem Wohlwollen der militärischen und bürokratischen Machteliten bildete dieser politische und geistige Zustand des bürgerlichen Lagers eine unumgängliche Voraussetzung des Aufstiegs der Nazis zur größten und handlungsfähigsten bürgerlichen Partei.

Jetzt zeigte sich mit aller Klarheit, dass die Naziartei nicht in der Lage war, *aus eigener Kraft* in die Regierung zu kommen oder gar deren Führung zu erlangen ("die Macht zu ergreifen"). Selbst auf ihrem Höhepunkt, im Juli 1932 mit 37,4 % der Wählerstimmen, war sie weit von einer absoluten Mehrheit entfernt; im November 1932 stimmten mehr als zwei Drittel der deutschen Wähler *gegen* sie.³

Die KPD hatte über 600 000 Stimmen hinzugewonnen, nunmehr fast sechs Millionen erreicht und mit einem Stimmenanteil von 16,9 % ihre Position als drittstärkste deutsche Partei gefestigt. Die SPD hatte wiederum über 700 000 Wähler verloren. Die Wahlen widerspiegelten die politische Wirkung der Antifaschistischen Aktion und der Herbststreikwelle gegen Papens Notverordnungen. Sie zeigten die Chancen für eine Zurückdrängung der faschistischen Gefahr durch gemeinsames oder paralleles Handeln der antifaschistischen Kräfte, vor allem der Arbeiterparteien und -organisationen.

Hatte schon die Herbststreikwelle gezeigt, dass die Wirtschaftspolitik Papens gescheitert war, so demonstrierten ihr Höhepunkt - der BVG-Streik - und die Reichstagswahlen, dass ein weiteres Amtieren dieser Regierung die Lage ernsthaft zuspitzen könnte. So waren die folgenden Wochen angefüllt mit Bestrebungen der verschiedenen Gruppierungen des bürgerlich-reaktionären Lagers, aus dieser kritischen Situation herauszukommen. Am 17. November trat Papen zurück.

Die Reaktion muss lavieren

Die eklatante Wahlniederlage der Nazis hatte vor allem die Kreise des Finanzkapitals, des Junkertums und des Militärs alarmiert, die am entschiedensten nach der faschistischen Diktatur drängten und nun einen Niedergang der Naziartei und damit ein Scheitern ihrer Bestrebungen befürchteten. Einer ihrer Akteure, der Kölner Bankier Kurt v. Schröder, erklärte dazu während des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses: "Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange an der Macht bleiben würde. Als die NSDAP am 6. Nov. 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus ... Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen, wobei ein wesentlicher Punkt darin lag, daß die Wirtschaft sich selbst lenken sollte ..."4

Ein Ausdruck dessen war die bekannte, von Hjalmar Schacht initiierte Eingabe einer Reihe führender Vertreter des Finanzkapitals und des Junkertums (Schwerindustrielle wie Thyssen, ferner Vögler, Reusch und Springorum - die nicht öffentlich unterzeichneten, aber intern ihre Unterstützung erklärten -, Bankiers wie Reinhart und der schon genannte v. Schröder, der Kali-Magnat Rosterg, Großgrundbesitzer wie Graf Kalckreuth), die dem Reichspräsidenten bereits am 19. November übergeben wurde und ihn aufforderte, Hitler als Reichskanzler zu berufen.

Zunächst setzten sich jedoch Kräfte durch, die es für vordringlich hielten, die Erregung der Arbeitermassen zu dämpfen, unter allen Umständen deren einheitliches Handeln zu hintertreiben und sowohl die Führer der SPD und der Gewerkschaften einzubinden als auch die Naziartei bzw. Teile von ihr stärker heranzuziehen. In diesem Sinne übernahm der Repräsentant der Reichswehrführung, General v. Schleicher, auf den sich sowohl die IG Farben als auch be-

stimmte Kreise der Schwerindustrie - wie Krupp und Otto Wolff - orientierten, am 3. Dezember das Reichskanzleramt. Schleicher hob einige (durch die Streikwelle ohnehin wirkungslos gewordene) sozialreaktionäre Maßnahmen Papens auf und verhandelte mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm.

"Kampf gegen die Kommunisten!"

Unter diesen Umständen kam der SPD eine Schlüsselrolle zu. Im Parteiausschuss der SPD, der am 10. November über das weitere Vorgehen beriet, wurde festgestellt, dass bei den "Genossen im Lande draußen" der "Wunsch nach einer Einheitsfront"⁵ sehr lebhaft sei. Jedoch wurde dies als *negative* Erscheinung gewertet. Die größte Besorgnis wurde über die zunehmenden Wählerverluste und den rasch wachsenden Einfluss der KPD geäußert. Aus der Tatsache, dass bei den Reichstagswahlen im Juli über 600 000 und im November noch einmal über 700 000 Wähler der SPD den Rücken gekehrt und sich im wesentlichen der KPD zugewandt hatten, zog der Parteiausschuss die Schlussfolgerung, den Kampf gegen die Kommunisten zu verschärfen.

Richard Lipinski verwies warnend auf "die Gefahr, daß in kurzer Zeit bei anhaltender Krise und Neuwahlen die Kommunisten uns überholen und daß das in kurzer Zeit nicht wieder wettgemacht werden kann"⁶. Rudolf Breitscheid fand gerade im Wahlerfolg der KPD den "stärksten Grund zum Nachdenken" und warf die Frage auf, "was wir tun können und tun müssen, um ein weiteres Anwachsen der Kommunisten zu verhindern". Und er schlussfolgerte, "daß wir uns auf den schärfsten Kampf gegen die Kommunisten einzustellen haben".⁷ Dem stimmten auch Vertreter des linken Flügels zu. Sehr aufschlussreich ist die Argumentation Karl Böchels: "Wir sind im Endspurt mit den Kommunisten. Wir brauchen nur noch ein Dutzend Mandate zu verlieren, dann sind die Kommunisten stärker als wir. Wißt Ihr, was das bedeutet? ... dann gibt es kein Halten mehr. Dann sagen sich die Genossen, die treu zur Partei gestanden haben, nun hat die Volksstimmung entschieden, und sie werden versuchen, schnell herauszukommen."⁸

Das Konkurrenzdenken, das Beharren auf der längst verloren gegangenen Monopolstellung in der Arbeiterbewegung *um jeden Preis* verschlossen den Blick auf die gefährliche politische Realität. Die vom Parteivorsitzenden Otto Wels ausgegebene Parole "Kampf gegen die Kommunisten!"⁹ fand *einhellige* Zustimmung.

Übrigens: Hitlers Reichspropagandaleiter Goebbels notierte am Tage *nach* dieser antikommunistischen Kursbestimmung der SPD-Spitzen: "Unsere Attacken gegen die KPD. müssen jetzt mit größerer Schärfe vorgetragen werden." Und am 15. November: "Ich gebe unserer Presse den neuen Kurs an: Scharf gegen die KPD., sonst *splendid isolation*."¹⁰

Die verschärfte antikommunistische Frontstellung der SPD korrespondierte mit einer zunehmenden Unterschätzung der faschistischen Gefahr. Die Wahlniederlage der Nazipartei wurde als entscheidende Niederlage des Faschismus bewertet.¹¹ Auch die spezifische Rolle der Regierung Schleicher wurde völlig verkannt, zwar verbale Ablehnung bekundet, aber im Reichstag am 6. Dezember sogar der kommunistische Misstrauensantrag niedergestimmt. Diese Fehleinschätzungen desorientierten die SPD, die Freien Gewerkschaften und das Reichsbanner und lähmten das in diesen Organisationen vereinte große antifaschistische Potenzial. Sie widerspiegeln besonders drei prinzipielle, grundlegende Defizite der sozialdemokratischen Faschismusanalyse: die isolierte Betrachtung der Nazipartei, die als *einzig*e Triebkraft im Faschisierungsprozess wahrgenommen wurde, das Nichterkennen des Faschisierungskurses als bestimmende Orientierung der Hauptkräfte der Großbourgeoisie und die Blindheit für die Rolle des Staatsapparates im Faschisierungsprozess. Eben weil die SPD keine klaren Vorstellungen von der faschistischen Gefahr mit ihren *verschiedenen*, aber zusammenwirkenden Faktoren - "keine Analyse des Faschismus" (Wolfgang Abendroth)¹² - hatte, führte sie trotz vieler kampfbereiter Anhänger *keinen* realen, ernstzunehmenden "demokratischen Abwehrkampf"¹³.

In seiner Betrachtung zu Neujahr 1933 behauptete der "Vorwärts", der Hitlerfaschismus habe bei der Hochfinanz, bei Schwerindustrie und Großgrundbesitz längst abgewirtschaftet.¹⁴ Aus gleichem Anlass brüstete sich Ernst Heilmann in "Das freie Wort", auch einem Sprachrohr des SPD-Vorstandes: "Wir haben nicht nur den faschistischen Ansturm zum Stehen gebracht, wir haben die faschistische Gefahr der Gefährlichkeit beraubt."¹⁵ "Die politische Aufgabe des Tages" - so der Titel eines Artikels - erblickte dieses SPD-Organ in der "Vernichtung der KPD bis

auf unbelehrbare, sektenhafte Reste"¹⁶ und bezeichnete die von immer mehr Mitgliedern und Funktionären der SPD erhobene Forderung nach einer Einheitsfront mit den Kommunisten als "kindische Utopie". Typisch für dieses Parteivorstandsorgan ist die Propagierung der Linie "Gegen Nazis und Kozis!" mit unaufhörlicher Diffamierung der Kommunisten als "Kozis"¹⁷. Die Gleichsetzung der Kommunisten mit den Faschisten war im Übrigen *grundsätzliche* Position der SPD seit 1922/23 und wurde auf dem Leipziger Parteitag 1931 vom Parteivorsitzenden Otto Wels ausführlichst dargelegt¹⁸ und in der Formel "Bolschewismus und Faschismus sind Brüder"¹⁹ zusammengefasst. Sie gab der sturen Ablehnung jeglichen Zusammenwirkens gegen die Faschisten sozusagen eine "prinzipielle" Begründung. (Sie wird im Übrigen bis heute unverändert aufrechterhalten.)²⁰

General Schleicher - Platzhalter Hitlers!

Die KPD hatte bereits im Frühjahr 1929 eine sich abzeichnende faschistische Gefahr signalisiert, deren Triebkräfte analysiert und bereits auf ihrem 12. Parteitag im Juni 1929 die besondere Gefährlichkeit der faschistischen Nazi-Partei herausgearbeitet - *lange* bevor der Übergang zur Präsidialdiktatur vollzogen wurde und die Nazis ihren aufsehenerregenden Wahlerfolg vom September 1930 erzielten.²¹ Sie hatte den Faschisierungsprozess erfasst und seine wichtigste Besonderheit bestimmt: dass er "sowohl durch die faschistischen Kampforganisationen als auch durch den bürgerlichen Staatsapparat"²² erfolgt. "Ein Zustand jedoch, in dem sich die Bourgeoisie bereits faschistischer Herrschaftsmethoden bedient, andererseits die faschistische Massenpartei nicht nur außerhalb der Regierung, sondern zur Zeit direkt in einer gewissen Scheinopposition bleibt, ist durchaus neuartig und entspricht den ganz spezifischen Bedingungen, unter denen der Faschismus in Deutschland heranwächst."²³

Angesichts der Papen-Regierung hatte die KPD vor "der drohenden Gefahr, daß aus Deutschland ein Land des Galgens und des Scheiterhaufens wird", gewarnt und festgestellt, dass die "herrschenden Mächte ... sich zum Ziel gesetzt haben, die Arbeiterbewegung zu zerschüttern" (Thälmann am 8. Juli 1932 in einer Unterredung mit Sozialdemokraten)²⁴ und dass die faschistische Diktatur sie "um Jahrzehnte zurückwerfen würde" (Thälmann am 3. August 1932 vor den KPD-Bezirkssekretären)²⁵.

Deshalb wandte sie sich nachdrücklich gegen jede Illusion über die Regierung Schleicher. Auf dem KPD-Bezirksparteitag Wasserkante am 4. Dezember nahm Ernst Thälmann grundsätzlich zum Wesen der Regierung und ihrer Perspektive Stellung. Er sprach vom "Versuch einer gewissen Einigung zwischen verschiedenen Gruppierungen" des Großkapitals bei stärkerem Einfluss der Schwerindustrie und einem erhöhten Gewicht des Militärs, auch als eine "Sicherungsmaßnahme gegen drohende Generalstreikaktionen im kommenden Winter".

Zusammenfassend urteilte er: "Wir müssen das Schleicher-Kabinetts als ein Übergangskabinetts, als ein Platzhalterkabinetts zur Vorbereitung einer Hitlerkoalition bzw. Hitlerregierung ansehen. ... Jede Unterschätzung der Schleicher-Diktatur bedeutet heute eine sehr große Gefahr!"

Deshalb wandte er sich auch gegen "das Gerede der Sozialdemokratie, als sei eine 'Entspannung' des Klassenkampfes eingetreten!" Ganz im Gegenteil! "Wir müssen gegen Überumpelungsmanöver und sensationelle, überraschende Angriffsmaßnahmen gewappnet sein." Was die Schleicher-Regierung bewirke, wohin sie führe, das hänge vor allem von der Aktionsfähigkeit und Kraftentfaltung der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten ab. Deshalb "rufen wir den Reichsbannerkameraden, den Gewerkschaftskollegen und auch den unorganisierten Klassengenossen zu: Wir müssen uns unten in den Betrieben und an den Stempelstellen verbrütern."²⁶

Eingebettet in die Antifaschistische Aktion entwickelte die KPD seit Mitte November eine Kampagne gegen Hunger und Frost, um die Lage der Werktätigen im bevorstehenden Winter zu erleichtern, die Selbsthilfe der Massen zu entwickeln und der sozialen Demagogie der Nazis entgegenzuwirken. Das Reichsinnenministerium beklagte sie in einem Lagebericht vom 9. Dezember als "immer häufiger werdende Demonstrationen zu Wohlfahrtsämtern oder auf den Straßen ... Die beträchtlich gesteigerte Aktivität der Erwerbslosen läßt die Erfolge der kommunistischen Richtlinien und die Ergebnisse einer Pressehetze erkennen, die unter dem allgemeinen Stichwort 'Her mit den Vorräten an Kohle, Kartoffeln und Kleidung' sowohl in den Tageszeitungen wie auch in den ausgebauten bezirklichen Erwerbslosenorganen immer umfangreicher

und in lebendig die Vorgänge schildernder Weise betrieben wird. Ebenso zeigen betriebliche und Mieterstreiks, fortgesetzte Verhinderungen von Exmittierungen ... die Wirkungen der organisierenden, instruierenden und immer radikaler hetzenden Tätigkeit der kommunistischen Instanzen. [...]

Bedeutung gewinnt in diesem Zusammenhang auch die Solidaritätskampagne, die sich besonders dort steigert, wo größere Streiks mit Maßregelungen geendet haben, wie z. B. beim Berliner Verkehrs[arbeiter]streik. Durch Errichtung von Küchen, durch Veranstaltung von Kinderspeisungen oder Kindernachmittagen, durch Veranstaltung von Sportspielen, deren finanzielle Ergebnisse dem Solidaritätsfonds zugeleitet werden, usw. wird ebenso sehr politisch gehetzt wie den Beschenkten der Wert proletarischer Solidarität praktisch vorgeführt. Solidarität ist es dabei für die KPD auch, wenn (wie das z. B. in Dortmund passierte) schnell mobilisierte Massen in einen Betrieb eindringen, in dem ein Gehaltsabbau angekündigt wurde, und dort so lange revolutionäre Lieder sangen, bis der Gehaltsabbau zurückgenommen wurde.²⁷

Wichtige Beispiele realer antifaschistischer Einheitsfront entwickelten sich nach den Kommunalwahlen. Mancherorts ergab sich die Möglichkeit, durch das Zusammenwirken der Fraktionen der KPD und der SPD die Wahl von Nazifaschisten in die Vorstände der Kommunalparlamente zu verhindern. In den Stadtverordnetenversammlungen von Leipzig und Meißen stimmten die Kommunisten für den SPD-Kandidaten und verhinderten damit, dass ein Nazi Präsident wurde. In Chemnitz wiederum wurde durch die Unterstützung der Sozialdemokraten der Kommunist gewählt.

Intrigen, Terror und Widerstand

Sehr bald erwies sich, wie präzise Thälmanns Beurteilung der Schleicher-Regierung als Übergangskabinetts und Platzhalterkabinetts für Hitler war, und wie realitätsfern die bürgerlichen und sozialdemokratischen Prognosen. Schon am 16. Dezember, keine zwei Wochen nach Schleichers Ernennung, trat sein Vorgänger Papen im Berliner Herrenklub für die Bildung einer Koalitionsregierung unter Einbeziehung der Nazis ein. Am 4. Januar 1933 verhandelten Papen (im Auftrag des Reichspräsidenten) und Hitler in Köln beim Bankier v. Schröder über die Bildung einer faschistischen Koalitionsregierung. Am 7. Januar traf Hitler sich bei Kirdorf mit führenden Unternehmern, am 17. Januar verhandelte er mit Hugenberg, am 18. und 22. Januar wieder mit Papen.

Natürlich agierten hier Individuen mit ihren persönlichen Ambitionen und spannen Intrigen - aber das war nicht das Wesen der Sache. Worum es in der Tat ging, hat - ich zitierte es bereits - v. Schröder in Nürnberg ausgesprochen. Für die ausschlaggebenden Kräfte des Großkapitals und die mit ihnen verbundenen politischen und militärischen Mächteliten waren die faschistische Nazi-Partei und ihr Chef die optimale politische Variante. Mit ihnen verband sich mehr als mit jeder anderen politischen Kraft die Erwartung auf eine rücksichtslose, vor nichts zurückschreckende Durchsetzung ihrer Profit- und Machtinteressen, der hemmungslosen terroristischen Bekämpfung aller Gegner dieser Interessen, verbunden mit der weitgehenden (alle reaktionären Konkurrenten übertreffenden) Fähigkeit, durch skrupelloseste und dreisteste Demagogie Massen irreführen, sie systematisch zu beeinflussen und längerfristig zu kontrollieren. Aus diesen Besonderheiten erklärt sich auch, dass sie nach der ihre Förderer enttäuschenden Wahlniederlage vom November nicht fallengelassen, sondern gestützt wurden.

Diese fieberhaften Aktivitäten hinter den Kulissen verbanden die Nazis mit einer demonstrativen Steigerung ihres Terrors: in der Neujahrsnacht zwei Morde in Berlin und Überfälle in Hamburg, Wanne-Eickel, Trier, Delitzsch, Glogau und anderen Orten; an einem einzigen Tag, am 12. Januar, Terrorakte in Berlin, Köln, Breslau, Duisburg, Chemnitz, Koblenz, Meißen und Detmold; an die 200 Verletzte in nur zwei Wochen; Überfälle auf Arbeiterlokale, Konsumläden und Erholungsheime.

Den faschistischen Provokationen begegnete antifaschistischer Widerstand. In der ersten Januarhälfte demonstrierten in Berlin, Leipzig, Essen, Dortmund, Bochum, Stuttgart, Kassel und vielen anderen Orten viele Tausende gegen die Schleicher-Regierung und den braunen Mordterror.

Als die Verhandlungen zwischen den verschiedenen ultrareaktionären Gruppierungen über eine Regierungskoalition in ihre entscheidende Phase traten, inszenierte die Nazi-Partei, um ihr

politisches Gewicht als stärkste und aktivste Partei der bürgerlichen Reaktion zu demonstrieren, eine großangelegte, lautstark angekündigte und auf maximale Propagandawirkung ausgerichtete Provokation in der Reichshauptstadt. Am 22. Januar marschierten mehrere tausend SA-Leute, beschützt von ca. 14 000 Mann Polizei, auf dem Berliner Bülowplatz vor dem Karl-Lieb-knecht-Haus - dem Sitz des ZK der KPD - auf, begleitet vom Protest Tausender Antifaschisten. Die Polizei löste allein 19 Gegendemonstrationen gewaltsam auf, während die Berliner Nazi-Anhänger sich fernhielten. Die Provokation wurde damit beantwortet, dass am 25. Januar 130 000 Berliner vier Stunden lang bei 18 Grad Frost am Karl-Lieb-knecht-Haus vorbeizogen, wo sie von Ernst Thälmann, John Schehr, Walter Ulbricht, Wilhelm Florin und Franz Dahlem begrüßt wurden. Gleichzeitig fanden in Spandau und Oberschöneweide Parallelkundgebungen statt.

Am 28. Januar trat Schleicher zurück, da Hindenburg ihm jede weitere Unterstützung versagte, vor allem die wichtigste - eine neuerliche Reichstagsauflösung ohne Regierungswechsel (die Hitler vehement ablehnte, vor der aber auch die SPD bangte - beide Parteien befürchteten weitere Verluste). Am nächsten Tage erschien "Die Rote Fahne", das Zentralorgan der KPD, unter der Schlagzeile "Alarm! Alarm!" Sie warnte vor dem "faschistischen Generalangriff", der Bildung eines Hitlerkabinetts, und erklärte, "der ganzen ungeheuerlichen Reichweite der kommenden Ereignisse für das weitere Schicksal des deutschen Proletariats bewußt, wiederholen die Kommunistische Partei und die RGO ihr schon am 20. Juli vorigen Jahres gemachtes Einheitsfrontangebot". Auch die Bezirksorganisationen der KPD wandten sich umgehend mit Aufrufen zu Streiks und Demonstrationen an die Bevölkerung. Die Bezirksleitung Ruhrgebiet erklärte: "Wenn ihr, sozialdemokratische Klassenbrüder und Reichsbannerkameraden, gemeinsam mit uns aufmarschiert und gemeinsam mit uns zur Waffe des politischen Massenstreiks gegen eine Papen-Hitler-Regierung greift, dann sehen wir in unserer kämpfenden Einheitsfront eine unüberwindliche Kraft!"²⁸ Die KPD-Organisationen mobilisierten ihre Mitglieder zur Teilnahme an den von den Behörden zugelassenen Kundgebungen der SPD am 29. Januar.

An diesem Tage einigten sich Hitler und Papen endgültig über die Zusammensetzung der faschistischen Koalitionsregierung. Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident v. Hindenburg Hitler zum Reichskanzler. Doch dies ist schon ein neues Thema.

Gab es eine Alternative?

War der schließliche Erfolg der zur faschistischen Diktatur drängenden bürgerlichen Reaktion unvermeidlich? Das ist eine zentrale, aber auch außerordentlich komplizierte Frage. Man kann sie weder mit Ja noch mit Nein *unwiderlegbar* beantworten. *Sicher* ist nur zweierlei: Zum *einen*, dass dieses faschistische Regime von den ökonomischen, politischen, militärischen und bürokratischen Machteliten des bürgerlichen Deutschland erstrebt und durchgesetzt wurde. Die Unternehmerverbände, agrarische und andere wirtschaftliche Interessengruppen, die Reichswehrführung sprachen an allen Wendepunkten das entscheidende Wort. Zum *anderen*, dass alle politischen Entscheidungen, die zu diesem Ergebnis führten, nicht durch die Bürger, die Wähler, *die Massen*, sondern durch die *Machteliten* getroffen wurden. Nicht Wahlen entschieden, sondern Lobbyismus und Intrigen. Nichts macht das wohl deutlicher als die geradezu groteske Tatsache, dass ausgerechnet der große Verlierer der erst kurze Zeit zurückliegenden allgemeinen Wahlen, der Chef der in der Novemberwahl schwer angeschlagenen Nazi-partei, die vor Neuwahlen zitterte, an die Spitze der Regierung geschoben wird. Die *Massen*, zwei Drittel der deutschen Wähler, hatten ihm demonstrativ ihr Misstrauen ausgesprochen - die *Machteliten* hoben ihn auf den Schild.

Gab es eine Kraft, die dies hätte verhindern, die Bestrebungen und Ränke der Machteliten hätte durchkreuzen können? Die - insbesondere seit den 90er Jahren - wiederholt vorgetragene Auffassung, auch eine gemeinsam handelnde Arbeiterbewegung hätte keine Chance gehabt, wurde jedoch nie auch nur annähernd begründet. Ich meine, übereinstimmend mit Wolfgang Abendroth und Willy Brandt, dass gerade in der aktiv und koordiniert auftretenden Arbeiterbewegung - wie beim Kapp-Putsch 1920 - der Schlüssel des Erfolges gelegen hätte.

Ausschlaggebend für die schrittweise Realisierung der faschistischen Bestrebungen war das Handeln (die Handlungsfähigkeit *und -bereitschaft*) staatlicher Machtorgane und ihrer bewaffneten Kräfte (Reichswehr und Polizei). Und diese *handelten*, weil sie sicher waren, keinem *geschlossenen* Widerstand zu begegnen. Ihre Taktik war stets darauf gerichtet, eine solche Situa-

tion unter allen Umständen zu vermeiden. Diese Lehre hatten sie vor allem aus dem Kapp-Putsch und seiner Niederschlagung gezogen und stets beherzigt. Ohne die durch Erfahrung geprägte *Gewissheit*, dass die SPD-Führung kampfflos kapitulieren würde, wäre der Papen-Putsch am 20. Juli 1932 nicht inszeniert worden. Dies bestimmte auch das Handeln der Reaktion im Herbst 1932 und Januar 1933. Das zeigte mit aller Deutlichkeit die Debatte in Hitlers erster Kabinettsitzung am 30. Januar, als Hitler, Seldte, Papen, Blomberg, Neurath und Schwerin-Krosigk ihre ernste Besorgnis über einen möglichen Generalstreik zum Ausdruck brachten und sich deshalb entschieden gegen Hugenbergs Forderung nach einem sofortigen Verbot der KPD wandten.²⁹

Warum kam die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung, deren Kern nur das Zusammenwirken der beiden großen Arbeiterparteien sein konnte, nicht zustande? Ausschlaggebend dafür war, dass - wie oben (vor allem im Zusammenhang mit der grundsätzlichen Entscheidung des SPD-Parteiausschusses am 10. November 1932) ausführlich belegt - der entscheidende potenzielle Partner der KPD, die die Politik von SPD und ADGB bestimmenden Kräfte *grundsätzlich* (und völlig unabhängig von der Politik und dem konkreten Verhalten der KPD!) *gegen* eine Zusammenarbeit waren. Motiviert war diese Haltung, die sich für SPD und Gewerkschaften als selbstmörderisch erwies, zum einen dadurch, dass die Kommunisten für sie primär politischer Konkurrent waren. Zum anderen verschloss ihre Fixiertheit auf den bürgerlichen Staat und die in seinem Rahmen betriebene Koalitionspolitik ihnen die Augen sowohl für die Gefahr, die von diesem sich faschisierenden Staat ausging, als auch für die Unterstützung dieser Entwicklung durch ihre früheren Koalitionspartner und die Konsequenzen, die sich daraus ergaben.

Jedoch wäre bei einem konsequenteren und überzeugenderen Bemühen der KPD um ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratischen *Partei*, ihren offiziellen Strukturen und Führungsgremien, bei genereller und rascherer Überwindung sektiererischer, provozierender, emotionsgeladener Parolen der Druck auf die sozialdemokratischen Führungskräfte größer und *vielleicht* ausreichend gewesen, um sie zum Einlenken zu bewegen.³⁰

Natürlich hätte ein Zustandekommen der Einheitsfront nicht automatisch den Erfolg garantiert - dafür war das politische und gesellschaftliche Kräfteverhältnis viel zu labil und unsicher (aber eben für *beide* Seiten). Aber sie wäre die unumgängliche Voraussetzung eines *möglichen* Erfolges gewesen.

Was lehren uns die Erfahrungen jener folgenreichen Monate?

Vor allem zeigen sie mit aller Eindringlichkeit, dass das Großkapital in seinem Profit- und Machtdrang keinerlei Hemmungen kennt, vor keinen Verfassungsbrüchen, Staatsstreichen und dergleichen zurückschreckt, dass es eine latente Gefahr für demokratische Rechte und Freiheiten, auch für parlamentarisch-demokratische Regierungsformen darstellt.

Deutlich zeigte sich die gefährliche politische - antidemokratische! - Rolle von Unternehmerverbänden und anderen kapitalistischen Interessenvereinigungen. Ihr Wirken hebelte die durch die Weimarer Verfassung gebotene Gewaltentrennung und diese selbst aus.

Besonders deutlich zeigte sich, welche Gefahr vom bürgerlichen Staatsapparat ausging, ohne dessen Aktivitäten diese unheilvolle Entwicklung nicht möglich gewesen wäre. Er wirkte nicht nur schlechthin als Instrument zur Durchsetzung der Interessen des Großkapitals und der Großagrarier. Er besaß darüber hinaus ein bedeutendes reaktionäres Eigengewicht, wirkte strategisch und forcierte alle reaktionären Prozesse.

Zu unterstreichen ist die verheerende Rolle der bürgerlichen Medien - damals im wesentlichen noch repräsentiert durch die Presse, aber dennoch schon von enormer negativer Wirkung.

Festzustellen ist, dass ohne das *Wechselverhältnis* der faschistischen Nazipartei und der anderen bürgerlichen Parteien die Entwicklung nicht so reibungslos für die Reaktion verlaufen wäre.

Außerordentlich wichtig sind die Erfahrungen in Bezug auf die entscheidende Bedeutung außerparlamentarischer Kampffelder und Aktionen. Es ist eine grundlegende Lehre der 30er Jahre, dass die Demokratie nicht durch parlamentarische Manöver, sondern allein durch den aktiven Kampf der Volksmassen gesichert werden kann. Ungemein wichtig ist eine kritische,

wachsamer Haltung zum "Antifaschismus" des bürgerlichen Staates! Es gilt, politischen Druck von unten zu organisieren - auf Staatsorgane, Parteien und gesellschaftliche Organisationen.

Anmerkungen

* Einführungsvortrag auf der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises am 15. November 2012.

- 1 Vgl. H. Karl: Faschisierung und antifaschistischer Abwehrkampf. In: Geschichtskorrespondenz, Mai 2012, S. 3 ff.
- 2 J. Goebbels: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934, S. 197, 200, 217 - 220.
- 3 Vgl. auch H. Karl: Faschisierung ..., S. 4 - 6.
- 4 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1966, S. 606.
- 5 Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/1933. Hrsg. u. bearb. v. H. Schulze, Bonn/Bad Godesberg (1975, S. 44.
- 6 Ebenda, S. 37.
- 7 Ebenda, S. 45.
- 8 Ebenda, S. 53, 55.
- 9 Ebenda, S. 19.
- 10 J. Goebbels: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, S. 201, 203.
- 11 Vgl. Vorwärts, 6. Dezember 1932 (Morgenausgabe).
- 12 W. Abendroth: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, (Köln 1978), S. 66.
- 13 Wie von B. Faulenbach (Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, [München 2012], S. 54) behauptet.
- 14 Vgl. Vorwärts, 1. Januar 1933 (Morgenausgabe).
- 15 Das freie Wort, H. 1/1933, S. 1.
- 16 Das freie Wort, H. 52/1932, S. 20/21.
- 17 Durch den verantwortlichen Redakteur, den SPD-*Spitzenpolitiker* Ernst Heilmann, persönlich z. B. in H. 45/1932, S. 3; 47/1932, S. 5; 48/1932, S. 3.
- 18 Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931, vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Protokoll, Berlin 1931, S. 12 - 14 u. 17 - 19.
- 19 Ebenda, S. 19.
- 20 Vgl. B. Faulenbach: Geschichte der SPD, S. 37, 52/53, 55.
- 21 Vgl. H. Karl: Ernst Thälmann in unserer Zeit. In: Geschichtskorrespondenz, Juli 2006, S. 8/9; ders.: Faschisierung ..., S. 7 - 9.
- 22 Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914 - 1946, Berlin 1954, S. 267.
- 23 So Ernst Thälmann im Februar 1931. In: Ders., Zur Machtfrage. Reden, Artikel und Briefe, 1920 - 1935, Berlin 1982, S. 288.
- 24 E. Thälmann: Ausgewählte Reden und Schriften in zwei Bänden, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1977, S. 240 u. 242.
- 25 Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933. Hrsg. u. eing. v. H. Karl u. E. Kücklich unter Mitarb. v. E. Fölster u. K. Haferkorn, Berlin 1965, S. 41*.
- 26 E. Thälmann: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, S. 317, 316, 318, 321.
- 27 Die Antifaschistische Aktion, S. 321 u. 322.
- 28 Ebenda, S. 348.
- 29 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 443/444.
- 30 Vgl. H. Karl: Faschisierung ..., S. 8 (u. a. zur "Sozialfaschismus"-These) - 10 u. 15.

Dr. Reiner Zilkenat

Das deutsche Großkapital, der Keppler-Kreis und die NSDAP: Zur Vorgeschichte des 30. Januar 1933*

Die Legenden-Bildungen zu den Ursachen der Machtübergabe an die NSDAP begannen bereits am 30. Januar 1933. Die deutschen Faschisten selbst sprachen von "Revolution" und "Machtergreifung"; sie proklamierten die Schaffung einer klassenübergreifenden "Volksgemeinschaft". Bürgerliche Autoren haben diese terminologischen Verschleierungsmanöver der Nazis übernommen, zu denen auch die Selbstbezeichnung der deutschen Faschisten als "Nationalsozialisten" gehört. Sie sind hierzulande Allgemeingut in den Schulbüchern und den herrschenden Medien sowie in den am meisten verbreiteten Darstellungen zur Geschichte des Faschismus.

Auch linke Autorinnen und Autoren zeigen gelegentlich manche Unbefangenheit beim Gebrauch von Begriffen, die von den deutschen Faschisten absichtsvoll zur Tarnung ihrer politischen Ziele und zur Irreführung des Publikums konstruiert worden waren.

Derartige Praktiken dienen seit mittlerweile achtzig Jahren einem einzigen Ziel: Ein genetischer Zusammenhang zwischen der Entstehung und dem Wachstum der Nazi-Bewegung einerseits und der herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung andererseits sowie die aktive Unterstützung der Faschisten durch einflussreiche Kreise des Großkapitals dürfen um keinen Preis in das Geschichtsbewusstsein breiter Bevölkerungskreise eindringen; sie müssen auch im akademischen Betrieb unerwünschte Themen bleiben. Die berühmte Formulierung Max Horkheimers: "Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen,"¹ sei durch empirische Forschung gegenstandslos geworden, so heißt es in einer weit verbreiteten "Geschichte des Nationalsozialismus".²

Die politischen Motive derartiger Geschichtsmanipulationen hat einst der US-amerikanische Historiker Henry A. Turner mit folgenden Worten definiert: "Entspricht die weit verbreitete Ansicht, dass der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum zu verteidigen. Ist diese Meinung jedoch falsch, dann ist es auch die Voraussetzung, auf der die Einstellung vieler Menschen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruht. Die Frage gehört zu denen, über die eine Einigung geboten ist, wenn die Menschheit zu einem friedlicheren Neben- und Miteinanderleben kommen soll."³

Am Vorabend des 80. Jahrestages der Machtübergabe an die deutschen Faschisten ist es deshalb von immenser politischer Relevanz, den Schleier des Geheimnisses zu lüften, der über den 30. Januar 1933 und seine Vorgeschichte gestülpt worden ist.

Hitler und die NSDAP - Lange Zeit kein Thema für das Großkapital?

Schon lange, bevor die NSDAP eine wähler- und mitgliederstarke Partei wurde, galten ihr und ihrem selbst ernannten "Führer" Adolf Hitler das Interesse einflussreicher Herren aus den Vorstandsetagen deutscher Monopole.⁴ Hinter verschlossenen Türen wurde Hitler immer wieder die Gelegenheit geboten, seine politischen Ansichten und Ziele unverblümt auszuplaudern - ohne die lästige Rücksichtnahme auf die ansonsten in der Öffentlichkeit verkündeten Phrasen über einen angeblich angestrebten "nationalen Sozialismus". Meilensteine derartiger Auftritte bildeten seine Rede vor dem renommierten "Hamburger Nationalklub von 1919" am 28. Februar 1926 und mehrere Ansprachen vor Großkapitalisten und Managern an Rhein und Ruhr im gleichen und im darauf folgenden Jahr.⁵

Hier bejubelten die anwesenden Herrschaften regelmäßig die von Hitler artikulierten politischen Auffassungen, bei denen es im Kern stets um die Notwendigkeit einer Vernichtung der Organisationen der Arbeiterbewegung, die Zerstörung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und um die zielstrebige politische, ideologische und materielle Vorbereitung eines zweiten "Griffs nach der Weltmacht" durch den deutschen Imperialismus ging. In einem Brief vom 30. März 1927 an Walter Hewel, Teilnehmer des gescheiterten "Hitler-Ludendorff-Putsches" am 9. November 1923 in München, schildert Rudolf Hess, der Sekretär Hitlers und später sein Stellvertreter innerhalb der NSDAP, welche Wirkung der Nazi-"Führer" bei den Zuhörern im Ruhrgebiet erzielen konnte: "Wie in Hamburg, so war auch hier die Stimmung erst ziemlich kühl, ablehnend, teils saß man mit spöttischem Lächeln dem Volkstribunen gegenüber. Ich hatte große Freude daran, beobachten zu können, wie sich die Herren allmählich umstellten, wobei man ihnen ihr innerliches Sträuben anmerkte. Zum Schluss wurde geklatscht, wie diese Herren wohl selten klatschten."⁶ Wiederum an Hewel adressiert, heißt es rückblickend in einem Schreiben vom 8. Dezember 1928: "Jedes Mal sprach er (Hitler - R. Z.) auch in Essen vor einem geladenen Kreis von Wirtschaftlern, Wissenschaftlern usw. in einer denen gemäßen Weise. Immer größere Säle mussten auch für diese Veranstaltungen genommen werden. Zum Schluss nahmen die Spitzen der Wirtschaft teil ... Stets restlose Zustimmung, und ein Beifall, wie man ihn bei diesen Kreisen nicht gewohnt ist."⁷

Die von Hitler in seinen Reden propagierten Anschauungen waren durchaus kompatibel mit nicht wenigen Vorstellungen einflussreicher Exponenten des Monopolkapitals, aber auch mit grundsätzlichen Zielstellungen ihrer beiden wichtigsten Interessenverbände, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die

in entsprechenden Denkschriften wie auch in nichtöffentlichen Erklärungen gegenüber den Reichsregierungen⁸ abgegeben worden waren. Dabei war die im Dezember 1929 vom RDI publizierte programmatische Denkschrift mit dem dramatisch klingenden Titel "Aufstieg oder Niedergang?" von herausragender Bedeutung.⁹ Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen eines rigiden Sozialabbaus bei gleichzeitiger drastischer Senkung der Steuern und Abgaben für die Unternehmen sowie die mit dem Begriff einer "Verwaltungsvereinfachung" propagierten Maßnahmen eines nachhaltigen Demokratieabbaus konnten letztlich nur mit Hilfe eines autoritären, nichtparlamentarischen Regimes und nach der Ausschaltung des politischen Einflusses der Gewerkschaften und Arbeiterparteien durchgesetzt werden.¹⁰ Derartige Vorschläge bestätigten: Das Verhältnis der deutschen Monopolbourgeoisie zur Weimarer Republik war vornehmlich taktischer Natur. Die in der Novemberrevolution und danach von der Arbeiterklasse erkämpften politischen und sozialen Errungenschaften wurden von ihnen nur solange anerkannt, wie sie dazu beitrugen, in der Zeit der revolutionären Nachkriegskrise die kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse stabilisieren zu helfen. So schnell als möglich wollten sie z. B. den Acht-Stunden-Arbeitstag, die Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Tarifpartner, die Möglichkeiten des Staates, als Schlichter in ergebnislos geführte Tarifverhandlungen einzugreifen ("Zwangsschlichtung"), die Ausbreitung des kommunalen Wohnungsbaus, die Etablierung eines öffentlichen Sektors in der Volkswirtschaft und das Betriebsrätegesetz wieder außer Kraft setzen, mithin das gesamte System der staatlichen Sozialpolitik bis zur Unkenntlichkeit reduzieren.¹¹ Vor allem: Sollte endlich der Zeitpunkt herangereift sein, um den im eigenen Kontor praktizierten "Herr-im-Hause"-Standpunkt kompromisslos auf den Staat übertragen zu können, so galt es, zielgerichtet zu handeln. Als politischer Bündnispartner spielte die faschistische Partei mangels Massenanhang dabei zunächst nur eine untergeordnete Rolle. Doch seit dem 14. September 1930, nachdem bei den Wahlen zum Reichstag die zuvor unbedeutende NSDAP zur zweitstärksten Partei avanciert war¹², und angesichts einer sich verschärfenden ökonomischen und gesellschaftlichen Krisis bisher nicht gekannten Ausmaßes, wurde für die Vertreter des Großkapitals die Frage akut: "Wie halten wir's mit der NSDAP?"

Emil Kirdorf als Protektor der NSDAP

Allerdings ist dabei zu beachten, dass es, "bevor die Nationalsozialisten an die Macht kamen, für die Wirtschaft nicht opportun war, enge Beziehungen zu ihnen in aller Offenheit zu pflegen. Nur ein paar Einzelgänger wie Fritz Thyssen und Emil Kirdorf machten sich nichts daraus, sich öffentlich mit der NSDAP zu identifizieren."¹³

Tatsächlich gehörten die beiden genannten Exponenten der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie zu den Nazi-Propagandisten der ersten Stunde.¹⁴ Der 1847 geborene Kirdorf galt als der "große, alte Mann" an Rhein und Ruhr.¹⁵ Von 1893 bis 1926 amtierte er als Generaldirektor des größten Bergbauunternehmens in Deutschland, der Gelsenkirchener Bergwerks-AG; bis 1927 gehörte er überdies dem Vorstand der Siemens-und-Halske-Werke an. Bereits in der wilhelminischen Ära unterstützte er mit großem finanziellem Aufwand verschiedene reaktionäre Organisationen und Publikationsorgane, vor allem den Alldeutschen Verband.¹⁶ Dessen "Bamberger Erklärung" vom Januar 1919, in der die Verantwortung Kaiser Wilhelms II., der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Eliten des Deutschen Reiches an der Entfesselung des Ersten Weltkrieges sowie der erlittenen Niederlage vehement geleugnet und eine offene Kampfansage an die in der Novemberrevolution wirkenden sozialistischen und anderen demokratischen Kräfte formuliert worden war, hatte er als Mitglied der fünfköpfigen Hauptleitung des Verbandes mit unterzeichnet.¹⁷

Auch in den Jahren seines Ruhestandes genoss Kirdorf große Autorität und behielt beträchtlichen Einfluss unter den Monopolherren der Schwerindustrie. Im Juli 1927 schloss er sich im Ergebnis eines viereinhalbstündigen Gesprächs mit Hitler der NSDAP an (Mitgliedsnummer 71032)¹⁸ und spendierte der faschistischen Partei als "Eintrittsgebühr" 100 000 Mark. Bereits ein Jahr später verließ er jedoch wieder die NSDAP. Für bürgerliche Historiker wird dies stets als Beleg für seine schnell vollzogene "Entfremdung" von der Nazipartei angeführt, geradezu paradigmatisch für das Verhältnis Großindustrieller zur NSDAP.¹⁹ Die Fakten vermitteln jedoch ein anderes Bild, denn die Motive für seinen Parteiaustritt waren keineswegs grundsätzlicher Natur.

In einer persönlichen Stellungnahme über seine Beziehungen zur Nazipartei formulierte er, dass die NSDAP "im Revier eine Richtung einschlug, gegen die ich mich wenden musste". Für

Hitler empfinde er jedoch weiterhin "warme Freundschaft und Hochschätzung"²⁰. Warum ist es wichtig, an diese Episode zu erinnern? Zum einen bezog sich das, was hier als die "Richtung" der NSDAP "im Revier" umschrieben wird, auf die in der Parteipropaganda stark akzentuierte antikapitalistische Phraseologie, die dem Ziel diente, den beiden Arbeiterparteien möglichst viele Anhänger und Wähler abspenstig zu machen. Die NSDAP im Ruhrgebiet hatte durch entsprechende propagandistische Aktivitäten, die Hitler in ihrer zugespitzten Form nicht billigte und die zu einer personellen und organisatorischen Neustrukturierung der Parteiarbeit an Rhein und Ruhr geführt hatte²¹, tiefes Misstrauen, ja offene Ablehnung bei den Herren der Schwerindustrie verursacht. Vor allem die Publikation von "14 Thesen der Deutschen Revolution" im Juli 1929 sorgte für großes Aufsehen. Die 8. These formulierte, man verwerfe "individuelle Wirtschaftssysteme des Kapitalismus, dessen Sturz die Voraussetzung zum Gelingen der Deutschen Revolution ist."²² Kirdorf und andere Industrielle befürchteten, dass hier eine Büchse der Pandora geöffnet wurde. Niemand konnte sich dafür verbürgen, dass diese lauthals postulierten Ziele eines Kampfes gegen "den" Kapitalismus sich nicht nur gegen das "raffende jüdische Kapital" und die "Plutokraten", sondern am Ende gegen sie selbst, das "schaffende deutsche Kapital", wie es in der faschistischen Terminologie hieß, richten könnten.

Kirdorf blieb der NSDAP allerdings eng verbunden, auch wenn er jetzt innerhalb der vom Medienmogul Alfred Hugenberg geführten Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) agierte. So war er u. a. Gast auf dem Parteitag der NSDAP im August 1929 in Nürnberg, wo Hitler ihn persönlich bat, auf der Ehrentribüne Platz zu nehmen, spendierte den Nazis weiterhin bedeutende Summen aus eigener Tasche, vermittelte Hitler streng vertrauliche Treffen mit anderen Großindustriellen von Rhein und Ruhr und wurde folgerichtig im "Dritten Reich" der Faschisten mit dem Goldenen Parteiabzeichen sowie der Anwesenheit von Hitler und Goebbels bei den Feierlichkeiten zu seinem 90. Geburtstag im April 1937 geehrt.

Fritz Thyssen - "Der gewaltigste unter den Machthabern des Ruhrgebietes" als Finanzier der NSDAP

Fritz Thyssen zählte wie Kirdorf zu den mächtigsten Exponenten der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr. Er sei "als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Vereinigten Stahlwerke AG mit einem Aktienkapital von 800 Millionen Mark der gewaltigste und auch der schärfste unter den Machthabern des Ruhrgebietes"²³, urteilte der sozialdemokratische "Vorwärts". Alles sprach für die Richtigkeit dieser Annahme.

Seit der Bildung der Vereinigten Stahlwerke AG im Jahre 1926, des größten schwerindustriellen Konzerns in Europa und des zweitgrößten weltweit, amtierte er als Vorsitzender des Aufsichtsrates. Daneben war er stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der zum Flick-Konzern gehörenden Mitteldeutschen Stahlwerke AG. Weitere Aufsichtsratsmandate nahm er bei der Gelsenkirchener Bergwerks AG, den Siemens-Schuckert-Werken, bei den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE), bei der Bremer Vulcan Schiffbau- und Maschinenfabrik und bei der UfA wahr. Außerdem war er Mitglied des Zentralausschusses der Deutschen Reichsbank sowie des Präsidiums des RDI und der "Ruhrlade". Dabei handelte es sich um einen im Januar 1928 gegründeten, im Verborgenen wirkenden Kreis von wenigen Großindustriellen des Ruhrgebietes, die für bürgerliche Parteien, einschließlich der NSDAP, finanzielle Mittel für die Organisation von Wahlkämpfen sowie für die Herausgabe von "industrie-freundlichen" Zeitungen, darunter die renommierte "Deutsche Allgemeine Zeitung", bereit stellten.²⁴ Offenbar wurden hier auch die Vorgehensweisen bei Tarifaueinandersetzungen in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie koordiniert.²⁵

Thyssen hatte bereits 1923, im Jahr des Hitler-Ludendorff-Putsches in München, die Bekanntschaft Hitlers gemacht und ihm im Mai 1930 100 000 Mark zur Verfügung gestellt. Damit wurde der Ankauf einer repräsentativen Immobilie in München ermöglicht, um hier das "Braune Haus" als Parteizentrale der Nazipartei einzurichten. Nach den Tagebuchaufzeichnungen von Otto Wagener, einem Wirtschaftsberater und engem Vertrauten Hitlers, war Thyssen überdies "der Hauptfinanzier Görings".²⁶ Die entsprechenden finanziellen Transaktionen spielten sich offensichtlich recht unspektakulär ab. Einmal erhielt Göring von Thyssen Bargeld im Restaurant eines seiner Hüttenwerke ausgehändigt, ein anderes Mal entnahm der spätere "Reichsmarschall" mit Hilfe eines Zweitschlüssels eine größere Summe aus einem Bankschließfach des Ruhrmagnaten.²⁷ Thyssen pflegte "forsch" aufzutreten und aus seinen extrem reaktionären

Überzeugungen kein Geheimnis zu machen.²⁸ Großes Aufsehen erregte Thyssen, als er am 27. November 1930 bei einer Tagung des Hauptausschusses des RDI den anwesenden Reichskanzler Heinrich Brüning frontal angriff. Der sensationelle Wahlerfolg der NSDAP lag erst zwei Monate zurück: "Die politische Führung, die wir bisher hatten, war keine glückliche. Man kann sich nicht wundern, wenn angesichts dieser Tatsache eine Bewegung im Reiche entsteht, wie sie sich bei den letzten Wahlen gezeigt hat. Ich möchte nur wünschen, Herr Reichskanzler, dass es Ihnen gelingt, die Bewegung aller nationalen Kreise hinter sich zu ziehen; denn ich glaube, dass erst dann Sie vollen Erfolg mit ihren Absichten haben werden."²⁹ Neben ablehnendem "Zischen" vermerkt das Protokoll auch Beifall für diese Ausführungen Thyssens, die eine unverzügliche Regierungsbeteiligung der NSDAP beinhalteten. Doch die Zeit schien dafür noch nicht reif zu sein.

Wirtschaftspolitische Dissonanzen

Der Wahlerfolg der Faschisten bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 blieb jedoch keine Ausnahme. Im Gegenteil: Die Nazis erzielten bei den Landtags- und Kommunalwahlen seit 1929/30 herausragende Ergebnisse, so dass sie mittlerweile in Thüringen (Januar 1930) und Braunschweig (September 1931) Regierungsverantwortung trugen. Zugleich wurde die NSDAP zu einer mitgliederstarken Massenpartei. Ihre paramilitärischen "Sturmabteilungen" (SA) wuchsen zu einer wahren Bürgerkriegsarmee heran, die vor allem die Arbeiterorganisationen mit gewaltsamen Aktionen provozierte. In den proletarischen Quartieren der Großstädte, nicht zuletzt in Berlin, wo Gauleiter Goebbels öffentlich das Ziel proklamiert hatte, "der Reichshauptstadt den Charakter einer roten Metropole zu nehmen"³⁰, entfachten sie den blutig betriebenen "Kampf um die Straße".³¹ Anders gesagt: Die SA demonstrierte mit ihren gewalttätigen, vor Morden nicht zurückschreckenden Aktionen, dass Hitler es durchaus ernst gemeint hatte, als er in seiner oben zitierten Rede im "Hamburger Nationalklub" davon gesprochen hatte, "den Marxismus bis zur letzten Spur auszurotten".

Spätestens seit den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 und den sich daran anschließenden weiteren Wahlerfolgen sowie dem sich steigernden Zustrom zu den unterschiedlichen Gliederungen der Nazibewegung wurde unübersehbar, dass es sich bei der NSDAP und ihre "Vorfeldorganisationen" nicht um ein kurzlebigen Phänomen handelte. Die Haltung großindustrieller Kreise zur faschistischen Partei bedurfte somit - wie schon gesagt - dringend einer Klärung. Dabei existierten vornehmlich drei bedeutsame Probleme.

"Die Sozialisten verlassen die NSDAP!" (Otto Strasser)

Erstes Problem: Für Irritationen sorgte die bereits oben angesprochene antikapitalistische Propaganda der faschistischen Partei. Innerhalb der NSDAP wurden Teile der SA, vor allem aber die Gebrüder Otto und Gregor Strasser, als Exponenten derartiger Stimmungen, als Anführer eines so genannten linken Flügels der Partei identifiziert.³² Otto Strasser hatte allerdings bereits im Juli 1930 mit der Parole "Die Sozialisten verlassen die NSDAP" der Partei den Rücken gekehrt³³ und die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" gegründet, die aber keinerlei relevanten politischen Einfluss gewinnen konnte.³⁴ Sein Bruder Gregor, der für das vom Reichswehrminister bzw. Reichskanzler Kurt von Schleicher Ende 1932 avisierte "Querfront"-Bündnis³⁵, bestehend aus der Reichswehr, den Führungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und der Christlichen Gewerkschaften sowie dem "linken Flügel" der NSDAP, vielleicht angereichert durch das katholische Zentrum und die fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunkene Deutsche Volkspartei, große Sympathien entwickelt hatte, blieb jedoch Mitglied der faschistischen Partei. Als "Reichsorganisationsleiter" der NSDAP und wirtschaftspolitischer Sprecher im Reichstag war er einer ihrer einflussreichsten Funktionäre. Mehrfach trat er öffentlich für groß angelegte, vom Staat finanzierte Arbeitsbeschaffungsprogramme zur Überwindung der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise ein.³⁶ Die Nähe zu zeitgleich entwickelten Vorstellungen des ADGB war unübersehbar und von Strasser bewusst thematisiert worden.³⁷

Nach Schleichers Vorstellungen, dessen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Pläne mit denen Strassers im Wesentlichen kompatibel waren, hätte dieser, nicht Hitler, als Vizekanzler in ein von ihm geführtes Kabinett eintreten können, dem zugleich prominente Exponenten der Gewerkschaften angehören sollten. Alles das ließ das Misstrauen der Großindustriellen in die politische Verlässlichkeit der faschistischen Partei nicht ruhen.

Zwar hatten Adolf Hitler, Hermann Göring, Heinrich Himmler und andere maßgebliche NS-Führer stets glaubhaft versichert, dass sie nicht daran dächten, die kapitalistische Gesellschaftsordnung anzutasten und wirtschaftspolitische Experimente gemeinsam mit General von Schleicher, der Gewerkschaftsführung oder anderen politischen Kräften anzustreben. Die pseudo-sozialistische Demagogie sollte nur dazu dienen, "Eroberungen" innerhalb der Arbeiterklasse und in den verelendeten Kreisen des Mittelstandes zu realisieren. Doch wie sicher konnte man sein, dass sie weiterhin die Richtlinien der Politik innerhalb der NSDAP bestimmen würden? Wer konnte garantieren, dass der bei manchen Partei- und SA-Mitgliedern, aber auch bei manchen führenden Kadern der faschistischen Bewegung subjektiv empfundene Antikapitalismus - so diffus er sich zu artikulieren pflegte - innerhalb der faschistischen Bewegung nicht eines Tages dominant werden könnte?

Exportorientierung, ausländische Kapitalinvestitionen und die Haltung deutscher Konzerne zur NSDAP

Zweites Problem: Es galt für die Führung der NSDAP, unterschiedliche ökonomische Interessen unter den deutschen Großindustriellen ins Kalkül zu ziehen, die sich auf ihre Abhängigkeit vom Export bezogen, die vor allem bei den Metall- und Elektrokonzernen stark ausgeprägt war. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass einige große Konzerne aus diesen Branchen noch in der ersten Phase der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise bedeutende Exporterlöse und Auftragseingänge aus dem Ausland zu realisieren vermochten und dadurch ihre betriebswirtschaftliche Lage zeitweilig stabilisieren konnten. Exemplarisch seien folgende Sachverhalte genannt: Im gesamten Maschinenbau stieg bei gleichzeitigem Rückgang der wertmäßigen Ausfuhr von 1928 bis 1933 (1,12 zu 0,53 Mrd. Reichsmark) der Anteil des Exports von 30,2 auf 34,6 Prozent. Speziell bei Werkzeugmaschinen wurden 1933 75,9 Prozent der produzierten Erzeugnisse exportiert, bei Textilmaschinen 54,2 und bei Druckmaschinen 47,9 Prozent.³⁸

Ferner vollzogen sich ausgerechnet im Jahre 1930, dem Jahr des großen Wahlerfolges der NSDAP, noch engere Verflechtungen zwischen großen deutschen Elektrokonzernen und US-amerikanischen Investoren. In Berlin, dem damals wichtigsten Standort der Metall- und Elektroindustrie in Europa, kaufte sich die International Telephone and Telegraph Co. (ITT) bei der Telefonfabrik Berliner AG ein³⁹, einem renommierten Hersteller von automatisierten Telefonanlagen. Bei der Standard-Elektrizitäts-Gesellschaft konnte ITT siebzig Prozent des Aktienkapitals von der niederländischen Philipps-Gruppe erwerben.⁴⁰ Es kam hinzu, dass für den Siemens-Konzern das Bankhaus Dillon, Read and Co. eine 14-Milliarden-Dollar-Anleihe an der New Yorker Börse mit einer Laufzeit von eintausend Jahren auflegte, die eine Verzinsung von mindestens sechs Prozent per anno vorsah. Größter Abnehmer dieser Anleihe war interessanter Weise die General Electric Company, der weltweit größte Konkurrent des Hauses Siemens, an deren Spitze Owen D. Young wirkte. Bei ihm handelte es sich um den ehemaligen Vorsitzenden des Komitees zur Neuregelung deutscher Reparationen, das den nach ihm benannten "Young-Plan" ausgearbeitet hatte. Insgesamt wurden mit dieser Anleihe, deren Ausgabekurs bei fast 250 Prozent lag, dem Siemens-Konzern ca. 150 Millionen Reichsmark neues Kapital zur Verfügung gestellt.⁴¹

Auch bei der AEG war General Electric aktiv. Hier erfolgte 1930 die Übernahme von Stammaktien zu einem Kurswert von etwa 30 Millionen Reichsmark, nachdem General Electric bereits im Vorjahr ein bedeutendes Aktienpaket der AEG für 200 Millionen Reichsmark erworben und dafür fünf Aufsichtsratssitze eingeräumt bekommen hatte. Einer der Aufsichtsräte war Owen D. Young.⁴²

Angesichts derartiger Aktivitäten des US-amerikanischen Kapitals war es verständlich, dass die Wahlerfolge der NSDAP und die dadurch immer instabiler werdende innenpolitische Lage in Deutschland, zeitweilig zu großen Irritationen bei den führenden Repräsentanten der Industrie und der Banken in den Vereinigten Staaten, aber auch in Großbritannien und Frankreich führten. So verlor die Reichsbank nach dem erdrutschartigen Wahlsieg der Nazis vom 14. September 1930 innerhalb weniger Tage Devisen und Gold in der Größenordnung mehrerer Hundert Millionen Reichsmark.⁴³ Auch danach war die Verunsicherung vor allem US-amerikanischer Investoren angesichts der scheinbar unaufhaltsamen Erfolge der Nazis mit Händen zu greifen. Dies galt um so mehr, als an der Wall Street seit Mitte der zwanziger Jahre zahlreiche Anleihen für deutsche Unternehmen und öffentliche Körperschaften verkauft worden waren⁴⁴, auf deren Rück-

zahlung und die anfallenden Zinszahlungen die vornehmlich US-amerikanischen Investoren selbstverständlich größten Wert legten. Eine Reichsregierung mit der Beteiligung der NSDAP schien ihnen jedoch ein großes Risiko für die Zuverlässigkeit des Kapitaldienstes darzustellen.

Der Delegierte der Aufsichtsräte der Siemens-Schuckert- und der Siemens-und- Halske-Werke⁴⁵, Carl-Friedrich von Siemens, zugleich Präsidiumsmitglied des RDI, hatte sich deshalb bemüht, am 27. Oktober 1931 in New York, anlässlich eines ihm zu Ehren gegebenen Essens, beruhigend auf seine US-amerikanischen Gastgeber einzuwirken. Er hob hervor, dass die Nazis ihr "Ziel durch gesetzliche Maßnahmen, d. h. durch den Stimmzettel verwirklichen" wollten. Er bescheinigte ihnen ferner "Selbstlosigkeit", und dass bei ihnen "hohe nationale Ideale" anzutreffen seien. Die "Wurzel der Hitlerschen Bewegung", so fuhr von Siemens fort, "ist der Kampf gegen den Sozialismus, d. h. gegen den Marxismus". Am Ende seiner Ausführungen formulierte er dann in dankenswerter Offenheit: "Eines möchte ich noch betonen: wenn die große Mehrzahl nicht nur der deutschen Geschäftsleute, sondern auch der Angehörigen aller gebildeten Klassen, viele von Hitlers *Methoden* verurteilen, so betrachten sie doch das Hitlertum als das kleinere Übel gegenüber dem Kommunismus."⁴⁶ Eine bemerkenswerte Stimme, angesichts des allgegenwärtigen Terrors der SA, angesichts der von den Faschisten offen angedrohten Willkürmaßnahmen in einem zu errichtenden "Dritten Reich".⁴⁷

Die Naziapartei bemühte sich ihrerseits nach Kräften, ausländischen Unternehmen zu versichern, dass ihre Investitionen in einem von ihnen geführten "Dritten Reich" absolut sicher wären. So berichtete der US-amerikanische Journalist Hubert R. Knickerbocker in seinem Buch "Kommt Europa wieder hoch?" Beruhigendes von seiner im Sommer 1932 geführten Unterhaltung mit - ausgerechnet! - Gregor Strasser: "Wir erkennen das Privateigentum an. Wir erkennen die private Initiative an ... Wir sind gegen die Verstaatlichung der Industrie. Wir sind gegen die Verstaatlichung des Handels." So der Originalton des mit antikapitalistischen Tiraden ansonsten nicht geizenden Strasser. Knickerbocker folgerte durchaus zutreffend, "dass der Kapitalismus von den Nationalsozialisten nichts zu fürchten hat". Nach seinem Gespräch mit Strasser sei "von der offiziellen Version (des Programms der NSDAP - R. Z.) nicht viel übrig geblieben. Der nationalsozialistische Radikalismus hat in direktem Verhältnis zur Annäherung der Partei an die Möglichkeit einer Verantwortungsübernahme abgenommen."⁴⁸ Doch ungeachtet solcher Aussagen galt: Solange Hitler nicht die Dissonanzen in den wirtschaftspolitischen Aussagen seiner Partei zweifelsfrei und endgültig ausräumen konnte, blieb die Skepsis vor allem exportorientierter deutscher Unternehmen sowie ausländischer Geschäftspartner und Investoren weiter bestehen. Sie wurde durch das immer wieder in der Parteipresse und durch Parlamentsredner proklamierte Ziel einer faschistischen Wirtschaftspolitik, weitgehende wirtschaftliche Autarkie realisieren zu wollen, noch befördert.

Regierungsbeteiligung nur mit Hitler als Reichskanzler

Drittes Problem: Für alle anderen politischen Kräfte war in Rechnung zu stellen, dass die faschistische Partei, die seit den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 die mit Abstand stärkste parlamentarische Kraft im Reich darstellte⁴⁹, sowie in den beiden wichtigsten Ländern Preußen und Bayern seit den Landtagswahlen vom 24. April des gleichen Jahres jeweils mehr Mandate erringen konnte als die beiden Arbeiterparteien zusammen genommen⁵⁰, den Posten des Reichskanzlers für Adolf Hitler beanspruchte.⁵¹ Schon im Vorfeld der Reichstagswahlen vom September 1930 hatte Goebbels hierzu selbstbewusst im "Angriff" formuliert: "Wir gehören zu jener Sorte von Menschen, die, wenn man ihnen den kleinen Finger gibt, bald die ganze Hand haben."⁵² Als "Juniorpartner" in ein Kabinett einzutreten und mit dem Amt eines Vizekanzlers abgefunden zu werden, war für die NSDAP und die meisten ihrer Mitglieder und Anhänger zwei Jahre später erst recht undenkbar, auch wenn diese Regierungskonstellation von einigen Vertretern großer Konzerne favorisiert wurde. Aber Hitler war keine bloße Marionette in den Händen der Herren Kirdorf, Thyssen und Co., sondern stellte angesichts des rapide wachsenden Massenanhangs seiner faschistischen Partei selbstbewusst Bedingungen für den Eintritt in eine von ihm geführte Reichsregierung. Dabei schreckten er vor verbalen und die SA auch vor physischen Angriffen gegen potenzielle Bündnispartner wie die Deutschnationale Volkspartei und den "Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten" keineswegs zurück.

Was war in dieser Situation zu tun? Um die wirtschaftspolitischen Forderungen der Partei mit den Vorstellungen des Großkapitals in Einklang zu bringen sowie Hitler und die faschistische

Partei für den Einzug in die Reichskanzlei vorzubereiten, wurde schließlich ein Kreis prominenter Industrieller und Bankiers aus der Taufe gehoben, die Hitler in diesen Fragen kompetent "beraten" sollten.

Wilhelm Keppler betritt die politische Bühne

Im Mai 1927 wird ein mittelständischer Industrieller Mitglied der NSDAP: Wilhelm Keppler. Fünf Jahre zuvor hatte er in Eberbach am Neckar gemeinsam mit dem weltweit agierenden US-amerikanischen Eastman Kodak-Konzern die Chemischen Werke Odin GmbH gegründet, die sich auf die Herstellung von Fotogelatine spezialisierten. Keppler pflegte freundschaftliche Beziehungen zu Robert Ley, Gauleiter der faschistischen Partei in Rheinland-Süd, dem späteren "Führer" der "Deutschen Arbeitsfront", sowie intensiven geschäftlichen Umgang mit dem Kölner Privatbankier Kurt Freiherr von Schröder. Keppler und Adolf Hitler hatten seit ihrem ersten Zusammentreffen kurz nach dem Parteieintritt des Chemieindustriellen immer wieder miteinander kommuniziert. Als im Dezember 1931 die Frage zu beantworten war, wer künftig als offizieller Wirtschaftsberater Hitlers fungieren sollte, fiel die Wahl auf Wilhelm Keppler.

Hitler übertrug ihm vor allem die Aufgabe, möglichst rasch mit der Konstituierung eines aus prominenten Wirtschaftsführern bestehenden Gremiums zu beginnen, das für die NSDAP und deren "Führer" nicht nur wirtschaftspolitische Expertisen ausarbeiten, sondern auch innerhalb der Großindustrie für die Machtübergabe an die Nazi-Partei Stimmung machen sollte.⁵³ Bemerkenswerter Weise gab Hitler Wilhelm Keppler den Ratschlag mit auf den Weg, dass er sich um die Theorien des "Braunen Hauses" nicht zu kümmern brauche, er mithin freie Hand bei seiner Tätigkeit als Leiter des nach ihm benannten Kreises von Industriellen und Bankiers sowie als sein Wirtschaftsberater habe.⁵⁴ Außerdem galt es, die wirtschaftspolitischen Kompetenzen innerhalb der NSDAP neu zu ordnen. Keppler schaffte es, die Vorgaben Hitlers zu erfüllen. Allerdings musste er sich zunächst eines "Konkurrenzunternehmens" erwehren.

Hjalmar Schacht, von 1923 bis 1930 Präsident der Deutschen Reichsbank, zuvor Vorstandsmitglied der "Darmstädter und Nationalbank" und Reichswährungskommissar, hatte sich Hitler in einem vertraulichen Schreiben vom 12. April 1932 angedient, unter seiner Leitung eine "Arbeitsstelle" einzurichten, da sich "bei gemeinsamer Arbeit eine völlige Übereinstimmung zwischen den Grundanschauungen des Nationalsozialismus und der Möglichkeit privater Wirtschaft erzielen lässt"⁵⁵. Schachts Arbeitsstelle, für deren Finanzierung bereits Gelder von potenten Herren der Großindustrie eingesammelt worden war⁵⁶, und Keplers Industriellen-Kreis beendeten nach Hitlers Intervention rasch ihr Konkurrenzverhältnis, so dass am Ende der Keppler-Kreis den maßgeblichen Ort darstellte, an dem das wirtschaftspolitische Handeln der NSDAP koordiniert wurde.

Wer konnte zur Mitarbeit gewonnen werden? Genannt sei August Rosterg, Generaldirektor des Deutschen Kalisyndikates und der Wintershall AG, die bei Merkers in Thüringen das größte Kalibergwerk der Welt bewirtschaftete. Wes Geistes Kind dieser Großindustrielle war, demonstrierte er in einem Zeitungsartikel für die "Deutsche Bergwerks-Zeitung", als er seiner Meinung Ausdruck gab, "die Hälfte aller Kranken sind Simulanten"⁵⁷, so dass drastische Kürzungen der Ausgaben für die Sozialversicherungen gerechtfertigt seien. Ein weiteres Mitglied des "Keppler-Kreises" war Ewald Hecker, Sohn des Geschäftsinhabers der Großbank Disconto-Gesellschaft.⁵⁸ Dieser außerordentlich umtriebige Industrielle hatte ursprünglich Karriere als Zivilbeamter in der kaiserlichen Kolonialverwaltung im Fernen Osten und als Generalstabsoffizier gemacht. Von 1914 bis 1916 war er so genannter Delegierter des Deutschen Roten Kreuzes in den USA, anschließend Stabsoffizier im Range eines Majors in der Armee des Osmanischen Reiches. Seit 1923 amtierte er zunächst als Mitglied des Vorstandes, dann als Vorsitzender und Delegierter des Aufsichtsrates der Ilseder Hütte AG in Niedersachsen. Zugleich war er als Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Hannover tätig und gehörte als stellvertretender Vorsitzender dem Aufsichtsrat der Commerzbank an. Apropos Commerzbank. Mit Friedrich Reinhart, Vorstandsmitglied dieses Kreditinstituts, und Franz Heinrich Witthoefft, Vorsitzender des Aufsichtsrates, war diese Großbank höchst prominent im "Keppler-Kreis" repräsentiert. Dass Witthoefft darüber hinaus Senator der Freien und Hansestadt Hamburg, Vizepräsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Vorsitzender seines Außenhandelsausschusses, Mitglied der Aufsichtsräte bei der Deutschen Werft in Hamburg und der C. Lorenz AG in Berlin sowie Inhaber der weltweit engagierten Hamburger Übersee-Handelsfirma Arnold Otto Meyer war,

die in China, Südafrika und Lateinamerika insgesamt sechzehn Dependancen des insolventen Stinnes-Konzerns übernommen hatte, diente als weitere Empfehlung für die Zugehörigkeit zum Keppler-Kreis. Friedrich Reinhart von der Commerzbank zeichnete sich vor allem darin aus, dass er von Reichskanzler Heinrich Brüning (Zentrum) als "Sachverständiger" der Reichsregierung während der Bankenkrise im Sommer 1931 berufen worden war. In dieser Eigenschaft hatte er auch an Kabinettsitzungen und vertraulichen Gesprächsrunden teilgenommen. Er galt deshalb als intimer Kenner wirtschafts-, finanz- und außenpolitischer Planungen der Reichsregierungen.⁵⁹ Zudem war er seit 1925 Mitglied des "Engeren Beirates" der Deutschen Reichsbank und Inhaber zahlreicher Aufsichtsratsmandate. In seinen Memoiren behauptet Heinrich Brüning, dass Friedrich Reinhart "Einfluss im Hause des Reichspräsidenten"⁶⁰ ausgeübt habe. Damit umschreibt er die damals beliebte Methode, über Paul von Hindenburgs Sohn, den Oberst der Reichswehr Oskar von Hindenburg, dessen Vater für die eigenen politischen Anschauungen und Projekte zu gewinnen.

Aber auch die beiden anderen Großbanken waren mit von der Partie. Für die Dresdner Bank arbeitete Emil Meyer, Syndikus der Genossenschaftsabteilung, im "Keppler-Kreis" mit. Die Deutsche Bank bevorzugte den direkten Zugang zu Adolf Hitler, anstatt einen Beauftragten in den "Keppler-Kreis" zu entsenden. Emil Georg von Stauß, Vorstandsvorsitzender in Deutschlands wichtigstem Finanzinstitut und Vorsitzender der Aufsichtsräte bei Daimler-Benz und BMW, bei der Deutschen Lufthansa und den Bergmann-Elektrizitätswerken, viele Jahre lang Koordinator der von der Deutschen Bank weltweit praktizierten Geschäfte mit dem Erdöl, Mitglied des Zentralausschusses der Deutschen Reichsbank, ging in Hitlers Berliner Domizil, dem mitten im Regierungsviertel gelegenen Hotel "Kaiserhof", ein und aus. Aus den Tagebüchern von Joseph Goebbels und von Hitlers langjährigem Wirtschaftsberater Otto Wagener erfahren wir, dass neben Gesprächen in Hitlers Suite im zweiten Stockwerk des Berliner Nobelhotels immer wieder verschwiegene Bootsfahrten auf dem Wannensee mit der Motoryacht des Deutschbankers stattfanden.⁶¹ Auch der Vorstandsvorsitzende des Allianz-Versicherungskonzerns, Dr. Kurt Schmitt, zugleich Vorstandsmitglied des RDI, schätzte Gespräche mit Hitler unter vier Augen im Hotel "Kaiserhof", das der damaligen Zentralverwaltung der Allianz gegenüber lag. Als bekennender Antisemit⁶² verstand er sich offenbar prächtig mit dem "Führer" der faschistischen Partei, der ihn am 29. Juni 1933 zum Reichswirtschaftsminister ernannte. Die Industriellen-Familie Quandt, Großaktionäre bei Daimler-Benz, den Mauserwerken AG und bei Varta, war geradezu ein unentbehrlicher Bestandteil von Hitlers Entourage im "Kaiserhof". Fast täglich gab es Gespräche, Ausflüge und gemeinsame Essen.⁶³ Das freundschaftliche Verhältnis zwischen den Quandts und Adolf Hitler wurde noch dadurch enger geknüpft, dass Joseph Goebbels am 19. Dezember 1931 Magda Quandt ehelichte.⁶⁴ Jetzt zählte diese Großindustriellen-Familie gewissermaßen zur "Verwandtschaft" des faschistischen "Führers". Eines Tages meldete sich Harald Quandt, gerade zehn Jahre alt, in Uniform und mit umgeschalltem Dolch bei Hitler mit den Worten: "Der jüngste Hitler-Junge Deutschlands meldet sich bei seinem Führer!"⁶⁵ Am Rande bemerkt: Herbert Quandt war in der Bundesrepublik einer der wirtschaftlich und politisch einflussreichsten Industriellen. Seine Erben, die etwa die Hälfte des Aktienkapitals der Bayerischen Motorenwerke und weitere bedeutende Industriebeteiligungen halten, sind es bis zum heutigen Tag.

Doch zurück zum "Keppler-Kreis". Mit von der Partie waren außerdem die schon erwähnten Bankiers Hjalmar Schacht und Kurt Freiherr von Schröder, Mitinhaber des Bankhauses J. H. Stein, der als einer der eifrigsten Freunde und Förderer Hitlers und der faschistischen Bewegung galt. Schröder hatte übrigens, wie auch die späteren Reichskanzler Franz von Papen und Kurt von Schleicher, während des Ersten Weltkrieges zeitweilig als Offizier im Großen Generalstab gedient. Seine geschäftliche und gesellschaftliche Reputation beruhte nicht zuletzt darauf, verschwägert mit Kurt von Schnitzler zu sein, einem illegitimen Sohn des 99 Tage-Kaisers Friedrichs III. (1888) aus dem Hause Hohenzollern und Vorstandsmitglied der IG Farben, des damals größten Chemiekonzerns weltweit. Zu den weiteren Mitgliedern des Keppler-Kreises zählte Rudolf Bingel, Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckert-Werke AG. Auch Emil Helfferich, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutsch-Amerikanischen Petroleum Gesellschaft (Esso), und Otto Steinbrinck, Vorstandsmitglied der zum Flick-Konzern gehörenden Mitteldeutschen Stahlwerke AG, in den zwanziger Jahren als Leiter seines Büros "die rechte Hand" Flicks, und Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn, wurden für die Mitarbeit gewonnen. Zu guter letzt durften Fritz Thyssen und Albert Vögler, Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke AG, Präsidiumsmitglied des RDI, Mitglied des Hauptvorstandes des Vereins Deutscher Eisen- und

Stahlindustrieller und der "Ruhrlade", Aufsichtsratsvorsitzender der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), der Gelsenkirchener Bergwerks AG sowie der Ruhrgas AG, Aufsichtsratsmitglied der Siemens-und-Halske- und der Siemens-Schuckert-Werke der HAPAG, der Bayerischen Vereinsbank und der Nordstern Lebensversicherungs AG, in dieser Runde nicht fehlen. Vögler hatte bereits am 26. März 1926, also in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in der Weimarer Republik, in einer Aufsehen erregenden Rede, die er in Berlin während der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielt, einen rhetorischen Generalangriff gegen das "Weimarer System" geführt. Er trug u. a. vor: "Es geht zurzeit eine wirtschaftsfeindliche Welle über die Lande. (...) Die Staatsmänner und Regierungen sollen nicht den falschen Ehrgeiz haben, wirtschaftliche Aufgaben zu lösen. Sie sollten sich begnügen, das zu erledigen, was ihnen obliegt, die Autorität im Lande aufrecht zu erhalten. Für Zucht und Ordnung sorgen, Leib und Leben und Eigentum schützen und sichern. (...) Wir hoffen, dass jene Periode sozialistisch infizierter Wirtschafts- und Staatspolitik (in der Zeit der Novemberrevolution und danach - R. Z.) endgültig vorbei ist. (...) Der Staat muss alles daran setzen, die private Wirtschaftsform zu schützen und zu fördern. Er muss sie wieder zum ehernen Bestand seiner Wirtschaftspolitik machen."⁶⁶

Schließlich stieß auch Gottfried Graf von Bismarck zum Keppler-Kreis, ein Enkel des "eiserne Kanzlers". Bismarck bewirtschaftete Ländereien in der Uckermark, hatte aber in den zwanziger Jahren leitende Funktionen bei der HAPAG und in der Geschäftsstelle des RDI in Berlin bekleidet. Insgesamt war im "Keppler-Kreis" ein "halbwegs repräsentativer Querschnitt durch Großindustrie, Handel und Bankwelt"⁶⁷. Diese Aussage gilt um so mehr, wenn man die beteiligten Herren als das betrachtet, was sie tatsächlich waren: Als Multifunktionäre der deutschen Großbourgeoisie. Sie waren nicht allein an der Führung der Geschäfte in "ihrer" Unternehmung beteiligt, sondern darüber hinaus in den Aufsichtsräten anderer bedeutender Firmen vertreten sowie in leitender Funktion in den wichtigsten unternehmerischen Interessenverbänden, aber auch in staatlichen Körperschaften tätig. Kurzum: Sie waren maßgeblich an der Erarbeitung und Umsetzung von unternehmerischen Strategien in der Weimarer Republik beteiligt. Sie wirkten an der Schnittstelle zwischen Ökonomie und Politik.

Die seit jeher unternommenen Versuche der bürgerlichen Geschichtsschreibung, die Mitglieder des "Keppler-Kreises" als zweit- oder dritrangige Exponenten der deutschen Großindustrie darzustellen, kann daher - wie wir sahen - den Tatsachen nicht Stand halten.

Wirtschaftspolitische Neuausrichtung der NSDAP

Der "Keppler-Kreis" kam am 20. Juni 1932 im Hotel "Kaiserhof" zu einem Treffen mit Adolf Hitler zusammen. Einmal mehr redete der "Führer" der NSDAP in kleinem Kreis Klartext. Er wolle im von ihm angestrebten "Dritten Reich" die Organisationen der Arbeiterbewegung endgültig zerschlagen, die bürgerlichen Parteien verbieten und mit groß angelegten Rüstungen beginnen. Wie sich Keppler im September 1946 in einer eidesstattlichen Erklärung für das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal erinnerte, erhob niemand aus dem "Keppler-Kreis" irgendwelche Einwände gegen diese Zielvorstellungen. Im Gegenteil. Man drückte die "Besorgnis aus, dass es ihm nicht gelingen werde, diese hervorragenden Ideen in die Tat umzusetzen."⁶⁸

(Fortsetzung und Schluss im nächsten Heft)

Anmerkungen

* Einführungsvortrag auf der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises am 17. Januar 2013.

- 1 Max Horkheimer: Die Juden und Europa, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Bd. VIII, 1939, H. 1-2, Reprint München 1970, S. 115 f.
- 2 Siehe Michael Wildt: Geschichte des Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S. 9. Ebenda werden die zu dieser Thematik publizierten Ergebnisse der DDR-Geschichtswissenschaft ebenso unterschiedslos wie ignorant als "in der Tat wissenschaftlich nicht viel wert" disqualifiziert.
- 3 Henry A. Turner: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 7.
- 4 Siehe Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919 - 1924, 2., durchgesehene Aufl., Berlin 1984, S. 339 ff. u. 558 ff.; Helmuth Auerbach: Hitlers politische Lehrjahre und die Münchner Gesellschaft 1919 - 1923. Versuch einer Bilanz anhand der neueren Forschung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 25. Jg., 1977, H. 1, S. 1 ff., bes. S. 31 f.

- 5 Siehe Kurt Gossweiler: Hitler und das Kapital 1925 - 1928, in: derselbe: Aufsätze zum Faschismus. Mit einem Vorwort von Rolf Richter, 2., durchgesehene Aufl., Berlin 1988, S. 486 ff.
- 6 Zitiert nach ebenda, S. 500.
- 7 Zitiert nach ebenda.
- 8 Siehe für die Zeit der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise das aussagekräftige Material in: Politik und Wirtschaft in der Krise 1930 - 1932. Quellen zur Ära Brüning, bearb. v. Ilse Maurer u. Udo Wengst unter Mitwirkung v. Jürgen Heideking, Düsseldorf 1980, 2 Teile.
- 9 Siehe Aufstieg oder Niedergang? Deutsche Wirtschafts- und Finanzreform 1929. Eine Denkschrift des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Berlin 1929 (Veröffentlichungen des RDI, Nr. 49). Ähnlich: Die Reform der Sozialversicherung - eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Vorschläge der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin 1930 sowie: Abänderungsvorschläge der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Schlichtungsordnung, Berlin, im April 1929 (Exemplar in: Bundesarchiv Berlin - im Folgenden: BArch - R 8034 II/4208, Bl. 178 ff.). Zur Vorbereitung und Bedeutung der Denkschrift des RDI sowie zur bereits an der Jahreswende 1928/29 begonnenen Kapitaloffensive siehe Reiner Zilkenat: "Der Feind steht links!" Kapitaloffensive gegen Demokratie und Arbeiterbewegung 1929, in: Rundbrief, H. 3-4/2009, S. 26 ff.
- 10 Unverständlich ist, dass Reinhard Neebe behauptet, die in dieser Denkschrift vorgeschlagenen Maßnahmen seien "durchaus *innerhalb* des politischen Systems von Weimar durchzusetzen" gewesen. Reinhard Neebe: Konflikt und Kooperation 1930 - 1933: Anmerkungen zum Verhältnis von Kapital und Arbeit in der Weltwirtschaftskrise, in: Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft, hrsg. v. Werner Abelshausen, Stuttgart 1987, S. 229., Hervorhebung v. Verf.
- 11 Siehe hierzu Michael Schneider: Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918 bis 1933, Bonn u. Bad Godesberg 1975. Siehe auch die folgenden Studien von Jürgen John: Verbandspolitik und Rechtsentwicklung 1922 - 1926. Zur politischen Rolle der Spitzenverbände des deutschen Monopolkapitals in der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 24, 1981, S. 127 ff.; Die Faschismus-"Kritik" in der Zeitschrift "Der Arbeitgeber". Zur Politik der Spitzenverbände der deutschen Monopolbourgeoisie 1923/24 - 1932, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im Folgenden: ZfG), 30. Jg., 1982, H. 12, S. 1072 ff.; Industrieverbände und Politik. Entwicklungstendenzen im kapitalistischen Deutschland bis 1933, in: ZfG, 34. Jg., 1986, H. 11, S. 976 ff.; Ernst v. Borsigs "Betrachtungen" zur Sozialpolitik 1927, in: ZfG, 27. Jg., 1989, H. 12, S. 1083 ff.
- 12 Siehe Reiner Zilkenat: "Eine schwarze Stunde für Deutschland!" Die NSDAP und die Reichstagswahlen vom 14. September 1930, in: Rundbrief, Heft 3-4/2010, S. 60 ff.
- 13 Gerald D. Feldmann: Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933 - 1945, München 2001, S. 78.
- 14 Die in diesem Beitrag angeführten Funktionen von Großindustriellen, Managern und Bankiers, die den Faschismus unterstützten, habe ich folgenden zeitgenössischen Veröffentlichungen entnommen: Handbuch der deutschen Wirtschaft 1927, hrsg. v. Alfons Nobel, Berlin u. Leipzig 1927; Deutscher Wirtschaftsführer. Lebensgänge deutscher Wirtschafts-Persönlichkeiten, bearb. v. Georg Wenzel, Hamburg u. a. 1929; Handbuch der deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Berlin 1931, 2 Bde.; Degeners Wer ist's?, verschiedene Jahrgänge. Außerdem: Neue Deutsche Biografie, diverse Bände; Hermann Weiß, Hrsg.: Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 2002. Herangezogen wurden auch zeitgenössische Zeitungs- und Zeitschriftenartikel sowie Protokolle von Vorstandstagen.
- 15 Siehe Henry A. Turner: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, S. 68 ff., der allerdings die bedeutsame Rolle Kirdorfs, Adolf Hitler und seine Partei in den Kreisen der Mächtigen von Rhein und Ruhr "gesellschaftsfähig" zu machen, sehr stark relativiert. Dagegen wird die große Autorität und der Einfluss Kirdorfs unter den Großindustriellen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet angemessen bewertet bei Kurt Gossweiler, Hitler und das Kapital 1925 - 1928, S. 479 f., 483 f., 486 ff., bes. 492 ff.
- 16 Siehe Johannes Leicht: Heinrich Claß 1868 - 1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen. Paderborn 2012, S. 116 f., 173 f., 212 f., 216 f., 230 f. u. 248 f.
- 17 Siehe BArch, R 8048/256, Bl. 71 ff.
- 18 Siehe Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 377, 28. 7. 1935: "Begegnung mit Adolf Hitler. Eine Unterredung mit Emil Kirdorf" u. Thomas Trumpp: Zur Finanzierung der NSDAP durch die deutsche Großindustrie. Versuch einer Bilanz, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 32. Jg., 1981, H. 4, S. 226. Das Gespräch Hitlers mit Kirdorf fand am 4. Juli 1927 in der Villa von Elsa Bruckmann statt, der Ehefrau des wohlhabenden Münchner Verlegers Hugo Bruckmann.
- 19 Siehe Henry A. Turner: Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 416.
- 20 Berliner Lokal-Anzeiger, Nr. 397, 23. 8. 1930: "Eine Erklärung Kirdorfs".
- 21 Siehe Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920 - 1945, Köln 1981, S. 88 ff.
- 22 Zitiert nach dem Quellenanhang bei Reinhard Kühnl: Die nationalsozialistische Linke, Meisenheim am Glan 1966, S. 289.
- 23 Vorwärts, Nr. 537, 13. 11. 1928.

- 24 Siehe Henry A. Turner: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Siehe auch Wolfgang Ruge: Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" und die Brüning-Regierung, in: ZfG, 16. Jg., 1968, H. 1, S. 19 ff.
- 25 Siehe z. B. Bundesarchiv - Zwischenarchiv Hoppegarten - R 13 I/403, Bl. 44.
- 26 Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten (Otto Wagener) 1929 - 1932, hrsg. v. Henry A. Turner, Frankfurt a. M. u. a. 1978, S. 441. Ebenda, S. 390, vermerkt Wagener, dass Göring "von der Ruhrindustrie" monatlich 3000 Reichsmark zur Verfügung gestellt worden seien.
- 27 Siehe Thomas Trumpp: Zur Finanzierung der NSDAP, S. 229.
- 28 Goebbels notierte über Thyssen am 18. Januar 1932 in sein Tagebuch: "Er ist der Schneidigste. Und er hat mich sehr gerne. Hat einen klaren Kopf." Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil I, Bd. II/2, bearb. v. Angela Hermann, München 2004, S. 198.
- 29 Zitiert nach: Reinhard Neebe: Großindustrie, Staat und NSDAP 1930 - 1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981, S. 86.
- 30 Der Angriff, Nr. 1, 2. 1. 1932: "Die zweite Angriffswelle".
- 31 Siehe hierzu Sven Reichardt: Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, Köln u. a. 2002; Oliver Reschke: Der Kampf der Nationalsozialisten um den roten Friedrichshain (1925 - 1933), Berlin 2004; derselbe: Der Kampf um die Macht in einem Berliner Arbeiterbezirk. Nationalsozialisten am Prenzlauer Berg 1925 - 1933, Berlin 2008; Reiner Zilkenat: Die SA - Bürgerkriegsarmee und Massenorganisation des deutschen Faschismus, in: Rundbrief, H. 4/2004, S. 29 ff.
- 32 Siehe Reinhard Kühnl: Die nationalsozialistische Linke, S. 248 ff. u. 292 ff.
- 33 Siehe Der Nationale Sozialist, Folge 110, 3. 7. 1930: Otto Strasser: "Die Sozialisten verlassen die NSDAP".
- 34 Siehe Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker: Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1999, S. 163 ff.; Kurt Gossweiler: Die Strasser-Legende. Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus, Berlin 1994, bes. S. 18 ff. Siehe auch die Materialien zu den "revolutionären Nationalsozialisten" um Otto Strasser in: BArch, R 8034 II/8692 u. R 1501/126071a, darunter auch seine Schrift "Ministersessel oder Revolution? Eine wahrheitsgemäße Darstellung meiner Trennung von der NSDAP", Berlin o. J. (1930).
- 35 Siehe Axel Schildt: Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. u. New York 1981; Hans Mommsen: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar, 2. Ausgabe, München 2001, S. 593 ff.
- 36 Siehe Verhandlungen des Reichstags, Bd. 446, 62. Sitzung, 10. 5. 1932, S. 2510 ff., wo er zum Entsetzen der industriellen Helfershelfer der NSDAP "die große antikapitalistische Sehnsucht" beschwor, "die heute vielleicht schon 95 Prozent unseres Volkes bewusst und unbewusst erfasst hat" (S. 2511), ferner die Führung des ADGB für ihre Arbeitsbeschaffungsvorschläge ausdrücklich lobte, ja ihnen sogar ein kaum verhülltes Angebot zur Zusammenarbeit unterbreitete (S. 2512) sowie für eine staatliche Kontrolle des Lebensmittelmarktes plädierte (S. 2517). Darüber hinaus steigerte er sich zu der Aussage, dass man bei "Arbeitsbeschaffungsplänen einen Begriff ganz und gar außer Kraft setzen muss, den Begriff der kapitalistischen Rentabilitätsberechnungen. Es darf nicht danach gefragt werden, wie viel von dieser Arbeit dem Geldgeber an Zinsen wieder in die Kasse zurückfließt" (S. 2519).
- 37 Siehe Michael Schneider: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn u. Bad Godesberg 1975.
- 38 Siehe Bundesarchiv - Zwischenarchiv Hoppegarten - R 13/III 14, unfol.
- 39 Siehe Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 68, 10. 2. 1930: "Amerikaner übernehmen Telephon Berliner".
- 40 Siehe Vorwärts, Nr. 212, 8. 5. 1930: "Lorenz AG deutsch-amerikanisch"; ebenda, Nr. 284, 22. 6. 1930: "Großes Geschäft bei Lorenz".
- 41 Siehe zu den überaus komplizierten Charakteristika dieser Anleihe den mehrseitigen Verkaufsprospekt der Siemens-und-Halske-AG, in: Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 436, 18. 9. 1930.
- 42 Siehe Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 33, 21. 1. 1930; "AEG 9 Prozent" sowie Kurt Gossweiler: Großbanken - Industriemonopole - Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914 - 1932, Berlin 1971, S. 330 f.
- 43 Siehe BArch, R 3101/631, Bl. 328 ff.: Wochenübersichten der Deutschen Reichsbank für das Reichswirtschaftsministerium, die Aktiva und Passiva der Reichsbank betreffend. Zwischen dem 1. 7. und dem 15. 10. 1930 reduzierte sich der Bestand an Gold und Devisen wertmäßig von 2,62 auf 2,18 Milliarden bzw. von 459 auf 174 Millionen Reichsmark.
- 44 Siehe René Robert Kuczynski: Wallstreet und die deutschen Anleihen. Bankierprofite und Publikumsverluste, Berlin 1933.
- 45 Die damalige Funktion des Delegierten eines Aufsichtsrates ist nach heutigem Aktienrecht nicht zulässig. Sie bedeutete, dass diese Person nicht nur den Vorstand zu kontrollieren, sondern selbst geschäftsführende Kompetenzen zuerkannt bekommen hatte.
- 46 Carl F. v. Siemens. Die gegenwärtige Lage Deutschlands. Rede, gehalten auf dem Essen der General Electric Company am 27. Oktober 1931 in New York o. O. u. J. (ein hektographiertes Exemplar fand sich in: Zentrales Staatsarchiv der DDR Potsdam, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 296. Zitate: S. 5 u.

- 7 f. Hervorhebung von mir - R. Z.) Die Rede ist auszugsweise abgedruckt in: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929 - 1933, hrsg. v. Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, Berlin 1975, S. 44 f.
- 47 Siehe z. B. Goebbels' Aussage während einer Massenversammlung im November 1930 im Berliner Sportpalast: "Es ist gefragt worden: Werden Köpfe rollen? Und unsere Antwort lautet: Jawohl. Sie werden einmal ganz verfassungsmäßig und legal rollen. (...) Die Abrechnung wird durch einen ganz legalen Staatsgerichtshof erfolgen." Der Angriff, Nr. 100, 22. 11. 1930: "Freiheitssturm im Sportpalast".
- 48 H. R. Knickerbocker: Kommt Europa wieder hoch? Berlin 1932, S. 305 u. 214.
- 49 Die NSDAP erreichte bei den Wahlen zum Reichstag 37,4 Prozent der Stimmen und stellte mit 230 Abgeordneten die mit Abstand stärkste Fraktion. Auf die SPD entfielen 21,6, auf die KPD 14,5 Prozent der Stimmen und 133 bzw. 89 Mandate.
- 50 Bei den Wahlen zum Preußischen Landtag erreichte die NSDAP 162 Mandate, die SPD und die KPD entsandten 94 bzw. 57 Abgeordnete. Bei den am gleichen Tag in Bayern durchgeführten Landtagswahlen gewannen die NSDAP 43, die SPD 20 und die KPD 8 Sitze.
- 51 Siehe Hitler aus nächster Nähe, S. 474 ff.
- 52 Der Angriff, Nr. 50, 22. 6. 1930: Joseph Goebbels: "Regierungsbeteiligung".
- 53 Nach der Meinung Otto Wageners konnten die Auffassungen Kepplers "eher als wirtschaftsreaktionär als den sozialistischen Notwendigkeiten entgegenkommend oder sie überhaupt erkennend bezeichnet werden". Hitler aus nächster Nähe, S. 442.
- 54 Siehe Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930 - 1933. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der sog. Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII, 1973, S. 426 f.
- 55 Zitiert nach ebenda, S. 450.
- 56 Siehe ebenda, S. 425 f. Zu den Finanziers der "Arbeitsstelle Schacht", die ihre Räumlichkeiten am Schöneberger Ufer 39 in Berlin bezog, gehörten Schacht, Thyssen und Vögler sowie Paul Reusch, Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte in Oberhausen und Präsidiumsmitglied des RDI sowie Fritz Springorum, Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG. Insgesamt waren 27 000 RM zur Verfügung gestellt worden.
- 57 Deutsche Bergwerks-Zeitung, Nr. 105, 5. 5. 1929: "Drehpunkte der deutschen Wirtschaftspolitik".
- 58 Siehe die biographische Skizze von Arnim Plett: Ein Mann (in) seiner Zeit - Ewald Hecker, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Ilseder Hütte (1929 - 1945), in: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 86, 2005, S. 109 ff.
- 59 Siehe Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Brüning I und II, bearb. v. Tilman Koops, Bd. 2, Boppard am Rhein 1982, u. a. S. 1329, 1331, 1333, 1342, 1480 (Anm. 7), 1555, 1585, 1606 u. 1619; Bd 3, S. 1841 ff.
- 60 Heinrich Brüning: Memoiren 1918 - 1934 (Taschenbuchausgabe), Bd. 1, München 1972, S. 411. Ebenda, Bd. 2, S. 483, teilt Brüning seine zutreffende Beobachtung mit, dass Reinhart dem DNVP-Vorsitzenden "Hugenberg und den Nazis persönlich sehr nahestand". Ebenda, S. 670, nennt er ihn sogar einen "Bewunderer von Hitler".
- 61 Siehe Hitler aus nächster Nähe, S. 455 ff. sowie Die Tagebücher des Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil I, Bd. 2/II, Juli 1931 - September 1932, bearb. v. Angela Hermann, Berlin 2004, z. B. S. 246 (20. 3. 1932); S. 342 (16. 8. 1932); S. 343 (18. 8. 1932); S. 345 (22. 8. 1932); S. 363 (13. 9. 1932).
- 62 Siehe hierzu Gerald D. Feldmann: Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933 - 1945, S. 87 f.
- 63 Siehe Hitler aus nächster Nähe, u. a. S. 373, 375 ff. u. 392 ff.
- 64 Siehe ebenda, S. 395 f.
- 65 Ebenda, S. 374.
- 66 Tagung der Deutschen Industrie in Berlin am 26. und 27. März 1924 (V. ordentliche Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände), Berlin 1924, S. 33, 35, 36 u. 38.
- 67 Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930 - 1933, S. 428.
- 68 Zitiert nach: Ulrike Hörster-Philipps: Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918 - 1945. Dokumente, Köln 1978, S. 137.

Dr. Kurt Laser

Den Rüstungswahnsinn beenden!

"Auf der einen Seite hat der allgemeine Rüstungswahnsinn die Lebensmittelpreise verschärft und dadurch die Klassengegensätze zugespitzt und in die Arbeiterklasse eine unbezwingbare Empörung getragen. Die Arbeiter wollen diesem System von Beunruhigung und Verschwendung eine Grenze setzen", hieß es im einstimmig beschlossenen Manifest des Internationalen Sozialistenkongresses 1912 in Basel.¹

Diese Einschätzung traf für die damalige Zeit natürlich voll zu. Den Satz über den "Rüstungswahnsinn" kann man für heute nur uneingeschränkt unterstreichen. Allerdings geht es heute - wie auch damals - nicht nur um die Verteuerung der Lebensmittelpreise. Heute erfasst die globale Krise der Menschheit alle Lebensbereiche. Fast eine Milliarde Menschen hungern. Viele verhungern jedes Jahr. Dazu leistet die ins Unermessliche gesteigerte Rüstung einen entscheidenden Beitrag. So hat der unsinnige und übertriebene Kauf von Rüstungsgütern durch Griechenland aus Deutschland und anderen Ländern einen nicht geringen Anteil an der Krise des Landes.

Zweifellos verschärfen sich heute die Klassengegensätze weiter, auch wenn sogar manche Linke das nicht wahr haben wollen. Sie sprechen immer wieder von der politischen Klasse, weil sie den Begriff der politisch und ökonomisch herrschenden Klasse nicht mögen. Im Programm der Partei DIE LINKE wird aber glücklicherweise gesagt, dass Deutschland eine Klassengesellschaft ist, was einigen wiederum nicht gefällt.

Wenn man von bestimmten Regionen der Erde absieht, so etwa in Lateinamerika, kann man für den Beginn des 21. Jahrhunderts aber leider nicht davon sprechen, dass in die Arbeiterklasse eine unbezwingbare Empörung hineingetragen wird, und sie diesem System von "Beunruhigung und Verschwendung" eine Grenze setzen will. Es gibt doch sogar Leute, die protestieren, wenn Bundeswehrstandorte oder Rüstungsbetriebe geschlossen werden sollen. In einigen anderen europäischen Ländern sind die Proteste allerdings heftiger als in Deutschland.

Die Mehrheit der Bundesbürger lehnt die Aggression gegen Afghanistan ab, wird immer wieder gesagt. Doch Massenkundgebungen dagegen finden kaum statt. Im Vorfeld des Internationalen Sozialistenkongresses in Basel versammelten sich am 24. November 1912 auf dem Platz vor dem Münster 10 000 bis 15 000 Menschen. An sie appellierten mehrere Delegierte, alle Kraft für die Verhinderung eines Krieges einzusetzen.

Das Baseler Manifest wiederholte die von W. I. Lenin und Rosa Luxemburg in die Resolution des Stuttgarter Sozialistenkongresses 1907 eingebrachte Forderung, dass, wenn ein Krieg drohe, die arbeitenden Massen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet sind, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern. "Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte", hieß es weiter, "ist es die Pflicht, für dessen schnelle Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."²

Die deutsche Sozialdemokratie hat sich im August 1914 mit ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten nicht an die Beschlüsse von Basel gehalten. Gegen diese verheerende Entwicklung leisteten neben Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg leider nicht viele Widerstand, wie im "Programm der Partei DIE LINKE" behauptet wird.³

1914 war die SPD in der Opposition. Als Regierungspartei vollzog sie 1999 einen "Politikwechsel" und beteiligte sich - gemeinsam mit den Grünen - an der völkerrechtswidrigen Aggression gegen Jugoslawien. Es ist nicht sicher, ob das unter einer CDU-Regierung auch möglich gewesen wäre. Anders als im Ersten und Zweiten Weltkrieg bestand aber bei den Kriegen gegen Jugoslawien und Afghanistan keine Gefahr, dass Deutschland selbst bei einer Niederlage von serbischen oder afghanischen Flugzeugen bombardiert wird. In Jugoslawien konnten deutsche Militärpiloten aus sicherer Höhe ihre todbringende Last ausklicken, Gebäude zerstören, Frauen und Kinder ermorden. Als Begründung diente eine Lüge, die auch nicht besser war, als die 1939 vom Überfall auf den Sender Gleiwitz.

Nun hat die Linkspartei der SPD unter bestimmten Bedingungen für 2013 eine Beteiligung an der Regierung angeboten, was Gabriel sofort strikt zurückwies. Es ist nicht anzunehmen, dass die SPD im Fall eines Wahlsieges damit aufhören würde, die Bundeswehr zu einer weltweit einzusetzenden Kriegsführungsarmee umzubauen. Falls eine SPD-geführte Regierung wider Erwarten Beschlüsse fassen sollte, die zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen führen, kann die Linkspartei auch zustimmen, ohne in der Regierung zu sein.

Anlässlich des 25. Jahrestages ist jetzt wieder an das Strategiepapier von SED und SPD aus dem Jahre 1987 erinnert worden. Das war eine generell nützliche Sache. Doch die darin enthaltene Feststellung, dass auch der Kapitalismus von sich aus friedensfähig ist, war aus meiner Sicht von Anfang an ein Irrtum. Er kann höchstens durch eine starke militärische Gegenmacht dazu gezwungen werden. Frieden gab es zu diesem Zeitpunkt nur in Europa, wenn man von den militärischen Auseinandersetzungen zwischen den NATO-Mitgliedern Türkei und Griechenland absieht. Sonst kam es in den verschiedensten Teilen der Welt zu imperialistischen Aggressionen, allerdings noch ohne Beteiligung der Bundeswehr. In dem 2008 von der CDU/CSU-Fraktion vorgelegten Papier "Sicherheitsstrategie für Deutschland" heißt es eindeutig: "Die Herstellung von Energiesicherung und Rohstoffversorgung kann auch den Einsatz militärischer Mittel notwendig machen, zum Beispiel zur Sicherung von anfälligen Seehandelswegen oder von Infrastruktur wie Häfen, Pipelines, Förderanlagen etc."⁴ Proteste der SPD oder der Grünen gegen diese Zielsetzungen sind nicht bekannt.

Die Passagen über "Frieden in Solidarität statt Kriege" und "Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" im Programm der Partei DIE LINKE⁵ sind zu begrüßen und zu unterstützen. Es wird ein sofortiges Ende *aller* Kampfeinsätze der Bundeswehr und ein Verbot *aller* Rüstungsexporte verlangt. Richtig ist auch die Forderung, dass die EU und Deutschland auf alle Atomwaffenoptionen verzichten, alle in Deutschland gelagerten Atomwaffen abgezogen werden müssen und alle Massenvernichtungsmittel zu verbieten sind. Doch diese Forderung kann nicht auf die EU und Deutschland beschränkt bleiben. Die EU-Mitglieder Frankreich und Großbritannien würden zu einem solchen Schritt bestimmt nicht bereit sein, solange nicht das Gleiche in den USA, in Russland, China, Israel, Pakistan und Indien geschieht.

Es war eine gute, wenn sicher auch utopische Vision von Gorbatschow, "atomwaffenfrei" ins neue Jahrtausend gehen zu wollen. Auch die Ideen von Perestroika und Glasnost waren ja nicht schlecht. Doch Gorbatschow wollte sie ja gar nicht umsetzen.

Das Manifest des Baseler Kongresses sah als die größte Gefahr für den Frieden in Europa die "künstlich genährte Gegnerschaft zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien" an. Die größte Bedrohung für die Existenz der Menschheit geht heute von den Weltherrschaftsplänen der USA aus, die als bisher einzige Atombomben eingesetzt haben. Nicht die Atomwaffen Nordkoreas und die - bisher noch gar nicht vorhandenen - des Iran sind die Hauptgefahr.

Eine Forderung des Kongresses von Basel war, die Machtstellung des zaristischen Russland zu erschüttern. Das war in dieser Zeit ein völlig richtiges Herangehen. Den Konflikt mit Russland gibt es immer noch oder schon wieder. Man kann von Putin halten, was man will. Auf jeden Fall hat er Schluss gemacht mit der Politik von Gorbatschow und Jelzin, Russland und seine Rohstoffe dem Westen willfährig auszuliefern. Wir wissen, dass westliche Forderungen nach Menschenrechten und mehr Demokratie im Grunde genommen nur darauf hinauslaufen, ihrem Kapital in diesen Ländern bessere Verwertungsbedingungen zu verschaffen.

Wer soll denn den Schwachsinn glauben, dass das US-amerikanische Abwehrsystem an der polnischen Grenze zu Russland gegen den Iran gerichtet ist. Von polnischen Bürgern habe ich gehört, sie seien sehr zufrieden, dass Polen Mitglied der NATO ist, und die Raketen sehen sie als Schutz gegen Russland an. Staatspräsident Borislaw Komorowski sagte zum zweiten Jahrestag seiner Amtseinführung im Interview mit der Wochenzeitung "Wprost": "Polen muss ein eigenes Antiraketensystem haben." Wenn der Chef des Büros für Nationale Sicherheit, General Stanislaw Koziej, meinte, im Falle eines Konfliktes wäre Polen in erster Linie Ziel eines Raketenangriffs, dann hat er damit zweifellos Recht. Aber wenn er behauptet, es bestehe ebenso die Gefahr, "zum Opfer einer Erpressung seitens jener Staaten zu werden, die an unserer Grenze Raketen aufstellen könnten", ist das eine bewusste Irreführung. Koziej ließ durchblicken, dass es sich um Offensivraketen handeln würde. Selbstverständlich kann sich Russland diese Drohung an seiner Grenze nicht bieten lassen, unabhängig davon, ob es sich um "nationale" polnische oder US-amerikanische Raketen handelt. Damit wird eine neue Runde des Wettrüstens eröffnet, denn Russland wird mit Sicherheit Gegenmaßnahmen treffen. Die Technologie für den

Bau der SM-3-Raketen müsste Polen von den USA kaufen. Das wäre genau so teuer wie die vor zehn Jahren Polen von den USA aufgezwungenen F-16-Kampfflugzeuge. Verteidigungsminister Tadeusz Siemonek erklärte, Polen plane den Raketenbau gemeinsam mit Deutschland und Frankreich.⁶

Da die Atomkraft offensichtlich von Menschen nicht beherrschbar ist, wächst der Protest gegen Atomkraftwerke in aller Welt. Aber diese sind ja zunächst einmal gebaut worden, um den Menschen zu nutzen. Doch wenn sie so gefährlich sind, wie immer gesagt wird, müssten sie sofort stillgelegt werden und nicht erst wie in Japan bis zum Jahre 2040, wenn sie genug Profit abgeworfen haben. Es dürften auch keine neuen Anlagen in Betrieb genommen werden.

Atomwaffen dienen nur zur Vernichtung. Auch wenn mir Physiker erzählen, dass Atombomben und -raketen ungefährlich sind, solange sie nur irgendwo lagern, glaube ich es nicht. Der Kampf gegen Atomwaffen sollte einen entschieden höheren Stellenwert erhalten. Die immer noch in Deutschland lagernden Atomwaffen der USA bedrohen täglich unser Leben. Dabei hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag einen entsprechenden Beschluss gefasst.⁷ Massenproteste müssten dafür sorgen, dass das "Teufelszeug" endlich verschwindet. Es existieren zurzeit weltweit 19 000 atomare Sprengköpfe, von denen 4400 einsatzbereit sind, vor allem in den USA und in Russland. Das reicht aus, um die Erde zu zerstören und die Menschheit auszulöschen.⁸ Nimmt man die weltweite Wirtschaftskrise und die von den Menschen verursachte, in rasendem Tempo voranschreitende Umweltzerstörung hinzu, könnte man ein Buch schreiben mit dem Titel "Die Menschheit schafft sich ab".

Die Mahnung des Baseler Kongresses bleibt aktuell, mit allen Mitteln für den Frieden zu kämpfen und noch planmäßiger, organisierter und geschlossener in den Aktionen vorzugehen.

25

Anmerkungen

1 Zitiert nach Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Band 1. Von den Anfängen bis 1917, Berlin 1988, S. 708 f.

2 Zitiert nach ebenda, S. 708.

3 Vgl. Programm der Partei DIE LINKE. Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE vom 21. bis 23. Oktober 2011, Erfurt, S. 8.

4 Zitiert nach Dietmar Hänel, Die Geisterstadt in der Letzlinger Heide. Wie die Bundeswehr den Häuserkampf im City-Dschungel übt, in: RotFuchs, Nr. 175, August 2012, S. 12.

5 Vgl. Programm der Partei DIE LINKE, a.a.O., S. 46 f.

6 Vgl. Julian Bartosz, Polen sollen selbst Schildbürger werden. Heiße Debatte um ein nationales Raketenabwehrsystem, in: Neues Deutschland vom 15. August 2012, S. 7.

7 Vgl. Relikte des Kalten Krieges. Xanthe Hall über die Modernisierung der US-Atomwaffen in Deutschland und Europa, in: Neues Deutschland vom 14. September 2012, S. 8.

8 Vgl. Olaf Standke, Tödliche Währung, in: Neues Deutschland vom 5. Juni 2012, S. 1.

Dokumentation

Zum "Tag von Potsdam" und zur Reichstags-Sitzung am 23. März 1933

Einleitung (Prof. Dr. Heinz Karl)

Auch 80 Jahre nach dem Übergang zur faschistischen Diktatur der deutschen Großbourgeoisie nebst Großagrariern wird über diesen tiefen geschichtlichen Einschnitt, seine Ursachen und treibenden Kräfte, deren Motive und Ziele, über mögliche Alternativen und die Verantwortlichkeit für die Folgen heftig gestritten. Eine wesentliche Voraussetzung für die Beantwortung der Frage "Wie konnte das geschehen?" ist die Analyse der politischen Entwicklung in den ersten Monaten nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und seiner konservativ-faschistischen Koalitionsregierung am 30. Januar 1933. Diese war nicht das Ergebnis einer ansteigenden Massenbewegung, nicht einmal das einer parlamentarischen Umgruppierung, sondern von Lobbyismus und politischen Intrigen, abgesichert durch die sich "unpolitisch" gebende Reichswehr und noch mehr im Hintergrund agierende großkapitalistische Kreise.¹

Die Konsolidierung der faschistischen Diktatur hing vor allem davon ab, dass es gelang, SPD und Gewerkschaften durch pseudolegales Taktieren zum Stillhalten zu veranlassen, unbedingt eine Einheitsfront der Arbeiterparteien und -organisationen zu verhindern;² die bürgerliche Mitte und die Kirchen durch ihnen bedeutsam erscheinende Zugeständnisse zu ködern; die Kommunisten und andere aktive Antifaschisten zu isolieren, durch flächendeckende rigorose Verbotsmaßnahmen und selektiven brutalsten Terror niederzuhalten und zu lähmen. Entsprechend dieser Linie wurde am 4. Februar eine "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes" erlassen, die jede Kritik an der Reichsregierung unter Strafe stellte und durch Versammlungs- und Zeitungsverbote die KPD faktisch in die Illegalität drängte. Am 22. Februar wurden SA, SS und der militaristische "Stahlhelm" zur Hilfspolizei erklärt. Sofort nach der Reichstagsbrandstiftung (am 27. Februar abends) wurde am 28. Februar eine Notverordnung "Zum Schutze von Volk und Staat" erlassen, die eine Reihe von Verfassungsartikeln außer Kraft setzte und umfangreiche Beschränkungen der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, eine Flut von Haussuchungen und (intensiv vorbereitete) Massenverhaftungen bewirkte.

Dennoch brachte die Reichstagswahl am 5. März³ weder die erhoffte absolute Mehrheit für die Nazi-Partei noch für die faschistische Regierungskoalition die Zweidrittelmehrheit, die sie benötigte, um auf Grundlage des Art. 76 der Weimarer Verfassung ein verfassungsänderndes Gesetz durchzubringen, das die Regierung ermächtigte, Gesetze zu erlassen ("Ermächtigungsgesetz"), d. h. faktisch ohne Reichstag zu regieren. Diese Methode war keineswegs neu. Bereits in der politischen Krisensituation von 1923 waren (am 13. Oktober und 8. Dezember) Ermächtigungsgesetze angenommen worden. Das von den Regierungsparteien (NSDAP und Deutschnationale Volkspartei [DNVP]) eingebrachte Ermächtigungsgesetz war als "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" deklariert. Seine wichtigsten Bestimmungen bestanden darin, dass die Regierung ermächtigt wurde, Reichsgesetze zu erlassen, in diesem Falle das in der Weimarer Verfassung (Art. 68 - 77) dafür festgelegte Verfahren keine Anwendung fand und dies auch ausdrücklich für den Haushalt (Art. 85, Absatz 2) und die Aufnahme von Anleihen und Krediten (Art. 87) betreffende Gesetze festgestellt wurde. Um das Kräfteverhältnis im Reichstag zu verändern, wurden zunächst (am 9. März) die 81 KPD-Mandate verfassungswidrig annulliert, wozu *alle* anderen Parteien schwiegen.

In den Märztagen verhandelten Hitler und die Naziführer Göring (Reichstagspräsident) und Frick (Fraktionsvorsitzender und Reichsinnenminister) vor allem mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei (BVP), um deren Zustimmung zu erlangen. Daran war Hitler sehr gelegen, weil - wie er im Kabinett darlegte - die Zustimmung des Zentrums eine "Prestigestärkung gegenüber dem Ausland"⁴ bedeuten würde. Hitler sicherte ihnen in den Verhandlungen und dann in seiner Regierungserklärung zum Ermächtigungsgesetz insbesondere die Einhaltung der vom Staat mit der evangelischen und der katholischen Kirche geschlossenen Verträge (bekräftigt u. a. im Reichskonkordat mit der katholischen Kirche vom 20. Juli 1933) bezüglich ihrer Rechte und Privilegien, der konfessionellen Struktur des Schulwesens und der kirchlichen Einflussnahme darauf zu und garantierte ihnen ihren enormen Besitz.⁵ Hitler sicherte auch das Verbleiben der dem Zentrum und der BVP angehörenden Beamten im faschistischen Staatsapparat zu, was z. B. Dr. Hans Globke (Zentrum) und Ritter von Lex (BVP) zugute kam, die bis 1945 höhere Posten im Reichsinnenministerium unter den Ministern Frick und Himmler bekleideten. Bei seinen Berichten über diese Verhandlungen im Vorstand der Zentrums-Fraktion stellte der Parteivorsitzende, Prälat Kaas, "die Begründung Hitlers für die Notwendigkeit dieses Gesetzes (Vernichtung von KPD und SPD)" in den Vordergrund. Hitler machte "kein Hehl daraus, daß er die 'Marxisten' vernichten wolle".⁶

Als Auftakt für die Behandlung des Ermächtigungsgesetzes - also die formelle Legalisierung des seit Anfang Februar praktizierten, sich von Woche zu Woche steigernden blutigen Terrorregimes - im Reichstag inszenierten die Nazis am 21. März den "Tag von Potsdam", eine "feierliche" Eröffnung des neugewählten Reichstages. Sie sollte theatralisch - mit dem gemeinsamen Auftritt des militaristischen und monarchistischen Reichspräsidenten Generalfeldmarschall v. Hindenburg und des Nazi-Führers Hitler als Clou des Tages - die Tatgemeinschaft des Nazifaschismus und seiner Terrorbanden SA und SS, der konservativen Reaktion und der Reichswehr demonstrieren. Als illustre Kulisse für das zynische Politspektakel stellte die evangelische Kirchenführung die Potsdamer Garnisonkirche zur Verfügung. An diesem Tage wurde der "Militärtempel der Hohenzollern" (Karl Gass) - von jeher ein Symbol des "Bündnisses von Thron und

Altar", von Kirche und Militarismus - zum steinernen Ausdruck der Komplizenschaft von Nazifaschismus und Kirchenhierarchie - zum Schandmal.

Die Predigt im dem "Staatsakt" vorausgehenden evangelischen Gottesdienst in der Nikolai-Kirche, an dem Hindenburg teilnahm, hielt der Generalsuperintendent der Kurmark, D. Dr. Otto Dibelius⁷ (siehe Dokument im Anschluss an diese Einleitung). Sie war ein Appell an gängige reaktionäre Vorurteile und Instinkte wie die Verherrlichung des chauvinistischen Taumels des Weltkrieges, die Lüge von der nationalistischen "Volksgemeinschaft", den Revanchismus und - besonders widerwärtig - eine religiös verbrämte chauvinistische Deutschtümelei. Sie kulminierte - besser gesagt: erreichte ihren Tiefpunkt - in der offenen, hetzerischen Rechtfertigung des barbarischen faschistischen Terrors, und dies - lästerlich - "in Gottes Namen".

In der Reichstagssitzung am 23. März 1933 (in der Berliner Krolloper an Stelle des durch die faschistische Brandstiftung demolierten Reichstagsgebäudes) begründete Hitler in einer Regierungserklärung das Ermächtigungsgesetz. Er bekundete seinen Hass gegen die Novemberrevolution 1918 und feierte das faschistische Regime als deren Korrektur. Mit den üblichen demagogischen Nazi-Tiraden über Versailles spielte er sich als Kämpfer für Deutschlands Gleichberechtigung auf. Die Bourgeoisie des In- und Auslands schreckte er mit der Horrorvision, dass "der Ausbruch eines kommunistischen Chaos in dem dichtbesiedelten Deutschen Reich zu politischen und wirtschaftlichen Folgeerscheinungen besonders im übrigen westlichen Europa führen würde, deren Ausmaße unvorstellbar sind"⁸. Keinen Zweifel ließ Hitler am kapitalistischen Charakter seines Regimes und seiner Politik, an seiner Grundposition, dass niemand als die Repräsentanten des Kapitals selbst die Wirtschaft leiten sollten. "Grundsätzlich wird die Regierung die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes nicht über den Umweg einer staatlich zu organisierenden Wirtschaftsbürokratie betreiben, sondern durch stärkste Förderung der privaten Initiative unter Anerkennung des Privateigentums."⁹

Nach einer dreistündigen Vertagung sprach in der Diskussion als erster der SPD-Vorsitzende Otto Wels¹⁰ (siehe Dokument). Er begründete die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes durch die SPD und protestierte gegen die Verfolgung und Diskriminierung von Sozialdemokraten. Eine mutige Haltung, zumal wenn man sie mit dem devoten, sich den Faschisten andienendem Verhalten der Repräsentanten der bürgerlichen Parteien vergleicht. Dennoch kommt man nicht umhin, kritisch zu vermerken, dass er sich mit der demagogischen "Gleichberechtigungsforderung" Hitlers solidarisierte, womit schon die Weichen für die Zustimmung zur faschistischen Außenpolitik am 17. Mai 1933 gestellt wurden. Gleiches gilt dafür, dass Wels - bezugnehmend auf die gespielte Entrüstung Hitlers über angebliche ausländische "Greuelpropaganda" - selbst von "Übertreibungen" sprach, dass er - der demagogischen Sprachregelung der Nazis folgend - die faschistische *Konterrevolution* als "Revolution" apostrophierte und den Nazifaschisten ein Bekenntnis zum Sozialismus unterstellte.

Für das Zentrum erklärte Prälat Kaas¹¹ die Zustimmung (siehe Dokument). Charakteristisch für die Haltung des Zentrums war das zum Ausdruck gebrachte Streben nach einer großen Koalition mit den faschistischen Kräften, vom Zentrum seit Herbst 1930 und verstärkt seit Sommer 1932 verfolgt,¹² dem es auch jetzt noch anhing. In der Fraktion hatte es allerdings von einer Minderheit, namentlich von Joseph Wirth und Heinrich Brüning, starken Widerspruch gegeben. Aber die große Mehrheit folgte den konformistischen Argumenten von Kaas, und die Minderheit beugte sich der Fraktionsdisziplin.

Die von Ritter von Lex für die Bayerische Volkspartei (BVP), die Vorläuferin der bundesdeutschen CSU, abgegebene Erklärung (siehe Dokument) zeigt besonders deutlich die weitgehende politische und ideologische Übereinstimmung dieser konservativ-reaktionären Partei mit den faschistischen Kräften. Der von Ritter von Lex geführte BVP-Wehrverband "Bayernwacht" hatte kurz zuvor erklärt, er sei "als christlich-nationaler Wehrverband ... der Auffassung, daß die Nierderkämpfung der antinationalen, volkszerstörenden Elemente, die Wiedererringung der Wehrhaftigkeit und das große nationale Aufbauwerk die Mitarbeit aller vaterländischen Kräfte erfordern"¹³. Man kann gut verstehen, warum das seit dem Kapp-Putsch 1920 BVP-regierte Bayern, die "deutsche Ordnungszelle", ein ideales Aufmarschgelände für die Nazis und andere faschistische Kräfte war. Auf Ritter von Lex kommen wir noch einmal zurück.

In der Diskussion ergriffen noch Reinhold Maier für die Deutsche Staatspartei und Wilhelm Simpfendörfer für den Volksdienst (Evangelische Bewegung), eine Absplitterung von der DNVP, das Wort; die Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei und der Deutschen Volkspartei (DVP) verzichteten.

In der namentlichen Abstimmung stimmte die Fraktion der SPD geschlossen gegen das Ermächtigungsgesetz; die Fraktionen *aller* bürgerlichen Parteien stimmten *geschlossen* für seine Annahme. Damit hatte der Reichstag als gewählte Volksvertretung und gesetzgebendes Organ sich selbst entmachtet.

Stellt man sich die Frage, warum die nicht zur faschistischen Regierungskoalition gehörenden bürgerlichen Parteien sich so verhielten, so findet man wohl vor allem zwei Gründe. Zum einen begann ihr Weg zu dieser Entscheidung schon lange vor dem 30. Januar 1933. Bereits Ende 1927 und verstärkt seit 1929 stellten die großen Unternehmerverbände Forderungen, die ihrem Wesen nach auf eine Abkehr von der parlamentarischen Demokratie hinausliefen und in *allen* bürgerlichen Parteien zunehmenden Einfluss erlangten.¹⁴ Sie *alle* waren Anfang der 30er Jahre an der Umwandlung des parlamentarischen Regimes in eine Präsidialdiktatur beteiligt. Ihr Agieren im März 1933 entsprach der Logik ihrer politischen Entwicklung.

Zum anderen gab es zwischen ihnen, den Rechtskonservativen der DNVP und den Nazifaschisten ideologisch-politisch erhebliche Annäherungen bis Übereinstimmungen. Sie alle vertraten Positionen des Nationalismus, mit geringen Ausnahmen (bei Teilen der Deutschen Staatspartei und am linken Rand des Zentrums) auch des Revanchismus und ebenso des Antikommunismus und einer tiefen Abneigung gegen Bewegungen der Massen.¹⁵ Deshalb finden sich auch nicht wenige der Hitlerermächtiger aus den bürgerlichen Parteien in den folgenden Jahren im faschistischen Reichstag als Gäste der NSDAP-Fraktion, so Paul Bang, Axel v. Freytagh-Loringhoven, Alfred Hugenberg und Franz v. Papen von der DNVP, Emil Georg v. Stauß von der DVP, Oskar Farny und Albert Hackelsberger vom Zentrum, Graf Quadt zu Wykradt und Isny von der BVP.

Und dann ergibt sich eine noch bemerkenswertere Kontinuität. Parlamentarier, die 1933 Hitler ermächtigten - wie Theodor Heuß, Jakob Kaiser und Helene Weber - saßen 1948/49 im Bonner Parlamentarischen Rat und formulierten mit am Grundgesetz, waren dann MdB. Theodor Heuß wurde erster Bundespräsident, Jakob Kaiser, Heinrich Krone und Ernst Lemmer Bundesminister. Paul Bausch, Paul Gibbert, Michael Horlacher und Reinhold Maier waren viele Jahre im Bundestag. Ein besonderes Maß an Kontinuität kennzeichnete Oskar Farny: vom Zentrums-Hitlerermächtiger 1933 über langjährige Meriten als NSDAP-Fraktionsgast zum CDU-MdB 1953. Der begeisterte BVP-Ja-Sager vom 23. März 1933, Herr Ritter von Lex, wurde nach langjähriger Bewährung im faschistischen Reichsinnenministerium - die letzten Jahre unter dem "Reichsführer SS" Heinrich Himmler - als nunmehriges CSU-Mitglied Staatssekretär im Bundesministerium des Innern. In dieser Eigenschaft *leitete* er die Prozessvertretung der Bundesregierung im Verbotsprozess gegen die KPD. Da verkündete er vor dem Bundesverfassungsgericht am 5. Juli 1955 in klassischem Nazi-Deutsch *im Namen der Bundesregierung*: Die KPD "ist ein gefährlicher Infektionsherd im Körper unseres Volkes, der Giftstoffe in die Blutbahn des staatlichen und gesellschaftlichen Organismus der Bundesrepublik sendet"¹⁶.

Hier zeigen sich Kontinuitäten, die zu ignorieren nicht nur töricht, sondern sträflich wäre. Es hieße die Lehren der Geschichte in den Wind schlagen.

Dokumente

Otto Dibelius

Predigt in der Nikolaikirche, Potsdam, 21. März 1933

Aus Anlaß der Eröffnung des Reichstags fand am Dienstag, dem 21. März 1933, mittags 12 Uhr, ein feierlicher Staatsakt in der Garnisonkirche zu Potsdam statt. Dem Staatsakte gingen Gottesdienste voraus, und zwar für die Mitglieder der evangelischen Kirche um 10.25 Uhr in der Nikolaikirche zu Potsdam, wo der Generalsuperintendent D. Dr. Dibelius unter Zugrundelegung des Bibeltextes Römer VIII Vers 31 "Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein?" die Predigt hielt.

Er erinnerte an die Augusttage 1914, da der Ruf durch die Massen ging: Ein Reich, ein Volk, ein Gott! Dieser Ruf sei heute noch nicht wieder Erfüllung, sondern Sehnsucht. Noch sei der Glaube in den deutschen Landen nicht wieder jene große lebendige Kraft, die er einst war, aber eine Bereitschaft zu neuem Glauben sei bei Hunderttausenden vorhanden. Aus dieser Sehnsucht steige die Losung empor: Wir wollen wieder sein, wozu Gott uns geschaffen hat, wir wollen wieder Deutsche sein! Das aber sei nur möglich, wenn der Glaube an Gott wieder Puls-

schlag des Lebens werde und das deutsche Volk durch das Evangelium sich selbst wiederfinde. "Das ist es, was wir in dieser Stunde ersehnen: durch Gottes Gnade ein deutsches Volk." Der Geistliche zeichnete dann die Aufgaben der evangelischen Kirche gegenüber dem Staat. Ein neuer Anfang staatlicher Geschichte stehe immer irgendwie im Zeichen der Gewalt. Wenn der Staat seines Amtes walte gegen alle, welche die Grundlagen der staatlichen Ordnung untergraben, den Glauben verächtlich machen und den Tod für das Vaterland begehren, dann solle er in Gottes Namen seines Amtes walten. Aber wir wären nicht wert, fuhr der Geistliche fort, eine evangelische Kirche zu heißen, wenn wir nicht mit demselben Freimuth, mit dem Luther es getan, hinzufügen wollten: Staatliches Amt darf sich nicht mit persönlicher Willkür vermengen. Der Kirche heißes Sehnen ist es, daß eine neue deutsche Zukunft heraufgeführt werde von Männern, die aus Dank für Gottes Gnade ihr Leben heiligen in Zucht und in Liebe, und daß der Geist solcher Männer dann das ganze Volk durchdringe!

Dr. Dibelius schloß: "Noch seufzen Hunderttausende von Brüdern und Schwestern unter fremder Knechtschaft. Es ist des deutschen Volkes Schicksal stets gewesen, sich die Freiheit immer aufs neue erkämpfen zu müssen, und es hat die Freiheit jedes Mal dann wiedergewonnen, wenn ein neuer Pulsschlag des Glaubens durch seine Glieder ging. Ein Volk, von solchem Glauben beseelt, wird durch Gottes Gnade ein freies Volk! Das Gotteshaus, in dem wir uns befinden, ist zweimal geweiht worden, einmal bei der Grundsteinlegung und das zweite Mal bei der Fertigstellung des gewaltigen Kuppelbaues. Das Deutsche Reich wurde zum ersten Male vor 62 Jahren geweiht, und der zweiten Weihung gehen wir entgegen, wenn Gott die Herzen aller Deutschen emporhebt und vereinigt."

Der Herr Reichspräsident nahm an diesem Gottesdienst teil.

Verhandlungen des Reichstags, VIII. Wahlperiode 1933, Bd. 457, Berlin 1934, S. 3/4.

Reden in der Sitzung des Reichstags am 23. März 1933

Otto Wels (SPD)

Meine Damen und Herren! Der außenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung, die der Herr Reichskanzler erhoben hat, stimmen wir Sozialdemokraten um so nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich verfochten haben. Ich darf mir wohl in diesem Zusammenhang die persönliche Bemerkung gestatten, daß ich als erster Deutscher vor einem internationalen Forum, auf der Berner Konferenz am 3. Februar des Jahres 1919¹⁷, der Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges entgegengetreten bin. Nie hat uns irgendein Grundsatz unserer Partei daran hindern können oder gehindert, die gerechten Forderungen der deutschen Nation gegenüber den anderen Völkern der Welt zu vertreten.

Der Herr Reichskanzler hat auch vorgestern in Potsdam einen Satz gesprochen, den wir unterschreiben. Er lautet: "Aus dem Aberwitz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahwitz der Reparationen und in der Folge die Katastrophe der Weltwirtschaft." Dieser Satz gilt für die Außenpolitik; für die Innenpolitik gilt er nicht minder. Auch hier ist die Theorie von ewigen Siegern und Besiegten, wie der Herr Reichskanzler sagte, ein Aberwitz.

Das Wort des Herrn Reichskanzlers erinnert uns aber auch an ein anderes, das am 23. Juli 1919 in der Nationalversammlung gesprochen wurde. Da wurde gesagt: "Wir sind wehrlos, wehrlos ist aber nicht ehrlos. Gewiß, die Gegner wollen uns an die Ehre, daran ist kein Zweifel. Aber daß dieser Versuch der Ehrabschneidung einmal auf die Urheber selbst zurückfallen wird, da es nicht unsere Ehre ist, die bei dieser Welttragödie zugrunde geht, das ist unser Glaube bis zum letzten Atemzug." Das steht in einer Erklärung, die eine sozialdemokratisch geführte Regierung damals im Namen des deutschen Volkes vor der ganzen Welt abgegeben hat, um den Weitervormarsch der Feinde zu verhindern. Zu dem Ausspruch des Herrn Reichskanzlers bildet jene Erklärung eine wertvolle Ergänzung.

Aus einem Gewaltfrieden kommt kein Segen; im Innern erst recht nicht. Eine wirkliche Volksgemeinschaft läßt sich auf ihn nicht gründen. Ihre erste Voraussetzung ist gleiches Recht. Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schützen, mag sie Aufforderungen zu Gewalttaten und Gewalttaten selbst mit Strenge verhindern. Das mag geschehen, wenn es

nach allen Seiten gleichmäßig und unparteiisch geschieht, und wenn man es unterläßt, besiegte Gegner zu behandeln, als seien sie vogelfrei. Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.

Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht und damit die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht. Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt.

Meine Damen und Herren! Die Zustände, die heute in Deutschland herrschen, werden vielfach in krassen Farben geschildert. Wie immer in solchen Fällen fehlt es auch nicht an Übertreibungen. Was meine Partei betrifft, so erkläre ich hier: wir haben weder in Paris um Intervention gebeten, noch Millionen nach Prag verschoben, noch übertreibende Nachrichten ins Ausland gebracht. Solchen Übertreibungen entgegenzutreten wäre leichter, wenn im Inlande eine Berichterstattung möglich wäre, die Wahres vom Falschen scheidet. Noch besser wäre es, wenn wir mit gutem Gewissen bezeugen könnten, daß die volle Rechtssicherheit für alle wiederhergestellt sei. Das, meine Herren, liegt bei Ihnen.

Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als zwei Menschenaltern die Trägerin sozialistischen Gedankengutes gewesen ist und auch bleiben wird. Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten, sie brauchten kein Ermächtigungsgesetz. Eine erdrückende Mehrheit wäre Ihnen in diesem Hause gewiß. Jeder von Ihnen im Interesse der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten, der Beamten oder des Mittelstandes gestellte Antrag könnte auf Annahme rechnen, wenn nicht einstimmig, so doch mit gewaltiger Majorität.

Aber dennoch wollen Sie vorerst den Reichstag ausschalten, um Ihre Revolution fortzusetzen. Zerstörung von Bestehendem ist aber noch keine Revolution. Das Volk erwartet positive Leistungen. Es wartet auf durchgreifende Maßnahmen gegen das furchtbare Wirtschaftselend, das nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt herrscht.

Wir Sozialdemokraten haben in schwerster Zeit Mitverantwortung getragen und sind dafür mit Steinen beworfen worden. Unsere Leistungen für den Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft, für die Befreiung der besetzten Gebiete werden vor der Geschichte bestehen. Wir haben gleiches Recht für alle und ein soziales Arbeitsrecht geschaffen. Wir haben geholfen, ein Deutschland zu schaffen, in dem nicht nur Fürsten und Baronen, sondern auch Männern aus der Arbeiterklasse der Weg zur Führung des Staates offen steht. Davon können Sie nicht zurück, ohne Ihren eigenen Führer preiszugeben.

Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrungen nicht beseitigen kann. Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren.

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.

Verhandlungen des Reichstags, VIII. Wahlperiode 1933, Bd. 457, Berlin 1934, S. 32 - 34.

Dr. Ludwig Kaas (Zentrum)

Meine Damen und Herren! Im Namen der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstags habe ich die Ehre, vor diesem Hohen Hause folgende Erklärung abzugeben.

Die gegenwärtige Stunde kann für uns nicht im Zeichen der Worte stehen. Ihr Gesetz, ihr einziges, ihr beherrschendes Gesetz ist das der raschen, bewahrenden, aufbauenden und rettenden Tat. Diese Tat kann nur geboren werden in der Sammlung. In Zerklüftung und Kampf würde sie bereits in ihrem Werden zu zerbrechen drohen.

Die deutsche Zentrumspartei, die den großen Sammlungsgedanken schon seit langem und trotz aller vorübergehenden Enttäuschungen mit Nachdruck und Überzeugung vertreten hat, setzt sich in dieser Stunde, wo alle kleinen und engen Erwägungen schweigen müssen, bewußt und aus nationalem Verantwortungsgefühl über alle parteipolitischen und sonstigen Bedenken hinweg. Sie läßt selbst solche Bedenken in den Hintergrund treten, die in normalen Zeiten pflichtmäßig und kaum überwindbar wären.

Im Angesichte der brennenden Not, in der Volk und Staat gegenwärtig stehen, im Angesichte der riesenhaften Aufgaben, die der deutsche Wiederaufbau an uns alle stellt, im Angesichte vor allem der Sturmwolken, die in Deutschland und um Deutschland aufzusteigen beginnen, reichen wir von der deutschen Zentrumspartei in dieser Stunde allen, auch früheren Gegnern, die Hand, um die Fortführung des nationalen Rettungswerkes zu sichern, die Wiederherstellung geordneten Staats- und Rechtslebens zu beschleunigen, chaotischen Entwicklungen einen festen Damm entgegenzusetzen, zusammen mit all denen - ganz gleich, aus welchen Lagern und Gruppen der deutschen Volksgenossen sie kommen mögen -, die ehrlichen, auf Aufbau und Ordnung gerichteten Willens sind.

Die einleitende Regierungserklärung, die Sie, Herr Reichskanzler, am heutigen Nachmittag gegenüber der deutschen Volksvertretung abgegeben haben, enthielt manches Wort, das wir unterschreiben können, und manches andere - lassen Sie mich das in aller Offenheit, aber in loyaler Offenheit sagen -, auf das einzugehen wir uns im Interesse der Sammlung, die das Gesetz der Stunde sein muß, bewußt versagen. Gegenüber manchem tagespolitisch bedingten Urteil der Gegenwart erwarten wir für die Arbeit der von uns unterstützten bisherigen Regierungen mit Zuversicht das ausgeglichene Urteil der Geschichte.

Manche der von Ihnen, Herr Reichskanzler, abgegebenen sachlichen Erklärungen geben uns, wie ich mit Befriedigung in aller Offenheit hier feststelle, bezüglich einzelner wesentlicher Punkte des deutschen Staats-, Rechts- und Kulturlebens - vor allem auch in Verbindung mit den bei den Vorverhandlungen gemachten Feststellungen - die Möglichkeit, eine Reihe wesentlicher Bedenken, welche die zeitliche und die sachliche Ausdehnung des Ermächtigungsbegehrens der Regierung bei uns ausgelöst hatte und auslösen mußte, anders zu beurteilen.

In der Voraussetzung, daß diese von Ihnen abgegebenen Erklärungen die grundsätzliche und die praktische Richtlinie für die Durchführung der zu erwartenden Gesetzgebungsarbeit sein werden, gibt die deutsche Zentrumspartei dem Ermächtigungsgesetz ihre Zustimmung.

Ebenda, S. 37.

Ritter von Lex (Bayerische Volkspartei)

Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Namens meiner politischen Freunde habe ich folgende Erklärung abzugeben.

Die Bayerische Volkspartei als Partei der christlich-nationalen Weltanschauung und Staatsauffassung hat nach der schmachvollen Revolution von 1918 in vorderster Linie für die Erhaltung und Wiedergewinnung nationaler Gesinnung in allen Ständen und Schichten des Volks gekämpft. Der von ihr gestellte bayerische Ministerpräsident hat als einer der ersten deutschen Staatsmänner schon im Jahre 1922 die Lüge von der deutschen Kriegsschuld vor aller

Welt zurückgewiesen. Seit ihrem Bestehen hat die Bayerische Volkspartei namentlich auch in der Jugend mit aller Entschiedenheit für die Pflege des nationalen Gedankens sich eingesetzt. Dem Sehnen nach wehrhafter nationaler Betätigung hat sie durch Schaffung eines eigenen vaterländischen Wehrverbandes¹⁸ Rechnung getragen. Die Bayerische Volkspartei hat unentwegt mitgearbeitet an der schwierigen und entsagungsvollen Arbeit, die dem deutschen Volke trotz der fürchterlichen Folgen des verlorenen Weltkrieges, der außenpolitischen Drangsale und der Zerrüttung der Wirtschaft Bestand und Glauben an seine eigene Kraft bis in die Tage der nationalen Erhebung bewährt hat. Es ist selbstverständlich, daß eine Partei, die von solcher Einstellung beseelt war und beseelt ist, auch in der geschichtlichen Wende dieser Tage zur tatkräftigen Mitarbeit am nationalen Aufbauwerk entschieden bereit ist. Für dieses Aufbauwerk hat die Reichsregierung der Vertretung des deutschen Volkes ein Ermächtigungsgesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vorgelegt. Dauer und Inhalt dieses Gesetzes haben in der deutschen Geschichte kein Vorbild. Nach unserer Anschauung muß auch die weitestgehende Ermächtigung dort ihre Grenze finden, wo die ewigen Fundamente einer christlichen und nationalen Volksgemeinschaft in Frage stehen. Wir hätten es daher für erforderlich erachtet, daß schon im Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes die Grundrechte eines christlichen und nationalen Staats ausdrücklich gewährleistet worden wären. Wir rechnen hierher insbesondere die Freiheit und Selbständigkeit der christlichen Religionsgesellschaften, den Bestand der Länder als seit Jahrhunderten bewährter Grundpfeiler der deutschen Nation, die Gewährleistung der Rechtssicherheit durch ein unabhängiges Richtertum, die Erhaltung eines auf wohlerworbene Rechte vertrauenden Berufsbeamtentums als Rückgrat jeder nationalen Verwaltung, die freie Betätigung der auf der christlich-nationalen Weltanschauung fußenden politischen, ständischen und kulturellen Verbände und Einrichtungen sowie endlich die ausdrückliche Sicherung von Leben und Eigentum.

Die Ausführungen, die Sie, Herr Reichskanzler, in der Regierungserklärung heute gemacht haben, haben unsere Bedenken gemildert. Wir sind daher in der Lage, dem Ermächtigungsgesetz unsere Zustimmung zu erteilen. Wir geben jedoch dabei der Hoffnung Ausdruck, daß die Durchführung und die Handhabung des Ermächtigungsgesetzes sich in den Schranken des christlichen Sittengesetzes hält. Kein Ermächtigungsgesetz kann irgendeine Regierung oder Einzelperson von dieser Pflicht befreien. Die Verantwortung für die Durchführung des Gesetzes im einzelnen legen wir vor Gott, dem deutschen Volke und der deutschen Geschichte in die Hände der Reichsregierung.

Ebenda, S.37/38.

Dr. Reinhold Maier (Deutsche Staatspartei)

Meine sehr verehrten Frauen und Männer! Namens der Abgeordneten der Deutschen Staatspartei habe ich folgende kurze Erklärung abzugeben.

Das deutsche Volk hat am 5. März eine absolute Mehrheit der Rechten in den Reichstag gewählt und damit seinen Willen bekundet, die Führung seines Staates der gegenwärtigen Regierung anzuvertrauen. Wir hoffen und wünschen, daß das deutsche Volk unter der jetzigen Leitung seinen seit vierzehn Jahren zäh und opfervoll geführten Kampf um Freiheit und Wiedererstarken der deutschen Nation erfolgreich zu Ende bringen möge. Wir fühlen uns in den großen nationalen Zielen durchaus mit der Auffassung verbunden, wie sie heute vom Herrn Reichskanzler hier vorgetragen wurde.

Wir leugnen auch keineswegs, daß Notzeiten besondere Maßnahmen erfordern, und haben deswegen wiederholt Ermächtigungsgesetzen und Notverordnungen zugestimmt. Wir verstehen, daß die gegenwärtige Reichsregierung weitgehende Vollmachten verlangt, um ungestört arbeiten zu können. Wenn wir gleichwohl in dieser ernsten Stunde uns verpflichtet fühlen, Besorgnisse zum Ausdruck zu bringen, so gehen wir davon aus, daß auch der jetzigen Regierung eine sachliche und loyale Kritik ihrer Maßnahmen nicht unerwünscht sein wird. Wir vermischen in dem vorliegenden Gesetzentwurf, daß den verfassungsmäßigen Grundrechten des Volkes und den Grundlagen der bürgerlichen Rechtsordnung keine ausdrückliche Sicherung vor Eingriffen gegeben wurde. Unantastbar müssen vor allem bleiben die Unabhängigkeit der Gerichte, das Berufsbeamtentum und seine Rechte, das selbstbestimmende Koalitionsrecht der Berufe, die

staatsbürgerliche Gleichberechtigung, die Freiheit von Kunst und Wissenschaft wie ihrer Lehre. Diese Werte, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Grundelemente jedes Gemeinschaftslebens in einem geordneten Rechtsstaat. Gerade sie wurden durch die Verfassung von Weimar aus der alten deutschen und aus der alten preußischen staatlichen Tradition gerettet, und sie dürfen heute wie vor vierzehn Jahren nicht gefährdet werden.

Im Interesse von Volk und Vaterland und in der Erwartung einer gesetzmäßigen Entwicklung werden wir unsere ernstesten Bedenken zurückstellen und dem Ermächtigungsgesetz zustimmen.

Ebenda, S. 38.

Wilhelm Simpfendörfer (Volksdienst [Evangelische Bewegung])

Deutsche Männer und Frauen! Der Volksdienst bejaht die innen- und vor allem die außenpolitischen Ziele der Reichsregierung, die der Herr Reichskanzler heute vorgetragen hat. Er ist zu seinem Teil zu der Mitarbeit, die der Herr Reichskanzler in so eindrucksvoller Weise gefordert hat, bereit und gibt deshalb dem Ermächtigungsgesetz seine Zustimmung.

Ebenda, S. 38.

Anmerkungen

1 Vgl. H. Karl: November 1932: Wird Hitler gestoppt? - In diesem Heft, S. 3 ff.

2 Vgl. ebenda, S. 5, 6 u. 9.

3 Mandate im neugewählten Reichstag: NSDAP 288, SPD 120, KPD 81, Zentrum 73, DNVP 52, BVP 19, Deutsche Staatspartei 5, Volksdienst (Evangelische Bewegung) 4, Deutsche Bauernpartei 2, DVP 2.

4 R. Morsey: Das Zentrum, in: E. Matthias/R. Morsey (Hg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf (1960), S. 358.

5 Die Kirchen waren die größten Grundeigentümer nach dem Staat mit Land- und Forstbesitz im Wert von rd. 10 Mrd. RM mit 300 Mill. RM jährlichen Erträgen. Sie waren steuerbegünstigt, für Schenkungen, Vermächtnisse usw. steuerbefreit. Die beiden Großkirchen erhielten als staatliche Zuwendungen vom Reich 1933: 130 Mill. RM, 1934: 170 Mill., 1935: 250 Mill., 1936: 320 Mill., 1937: 400 Mill. und 1938: 500 Mill. RM; dazu jährlich 85 Mill. RM von den Ländern und 7 Mill. RM von den Gemeinden. (Verhandlungen des Reichstags, 4. Wahlperiode 1938, Bd. 460, S. 16)

6 R. Morsey: Das Zentrum, S. 359/360.

7 O. Dibelius war später viele Jahre ev. Bischof von Berlin-Brandenburg und Vorsitzender des Rates der Ev. Kirche Deutschlands. Er war einer der eifrigsten (und eiferndsten) Protagonisten des Kalten Krieges der BRD und des Westberliner "Frontstadt"-Regimes gegen die DDR und tat sein Möglichstes (und Unmögliches), die Atmosphäre zwischen der EKD und der DDR zu vergiften.

8 Verhandlungen des Reichstags, VIII. Wahlperiode 1933, Bd. 457, Berlin 1934, S. 26/27.

9 Ebenda, S.28.

10 O. Wels (1873 - 1939), seit 1920 MdR, war von 1919 bis zu seinem Tode einer der Vorsitzenden der SPD.

11 L. Kaas (1881 - 1952), kath. Geistlicher, seit 1920 MdR, seit 1928 Vorsitzender des Zentrums und seiner Reichstagsfraktion. Lebte seit April 1933 in Rom (Vatikan).

12 Vgl. H. Karl: Faschisierung und antifaschistischer Abwehrkampf, in: Geschichtskorrespondenz, Mai 2012, S. 4 u. 11; ders.: Antifaschistische Aktion!, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, H. 5/2012, S. 30/31.

13 K. Schwend: Die Bayerische Volkspartei, in: Matthias/Morsey (Hg.), Das Ende der Parteien 1933, S. 490/491.

14 Vgl. H. Karl: Faschisierung, S. 3/4.

15 Vgl. auch H. Karl: November 1932 - in diesem Heft, S. 3/4.

16 Weißbuch der Kommunistischen Partei Deutschlands über die mündliche Verhandlung im Verbotsprozeß vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, Berlin 1955, S. 16.

17 Die Internationale Sozialistenkonferenz in Bern tagte vom 3. bis 10. Februar 1919.

18 Gemeint ist die von Ritter von Lex geführte "Bayernwacht".

**Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen
Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE**

Veranstaltungen im Jahre 2013

- | | |
|----------------------------|--|
| Donnerstag,
17. Januar | Die "Wirtschaft" hinter Hitler: Der Keppler-Kreis
Einführung: Dr. Reiner Zilkenat |
| Donnerstag,
14. Februar | Prager Februar 1948 und 2013
Einführung: Klaus Kukuk |
| Sonnabend,
23. Februar | 45. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:
150 Jahre deutsche Sozialdemokratie
Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte <i>Undine</i> ,
Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bhf. Berlin-Lichtenberg)
Beginn: 10.30 Uhr |
| Donnerstag,
21. März | Der antifaschistische Widerstand der KPD 1933
Einführung: Prof. Dr. Heinz Karl |
| Donnerstag,
18. April | Menschen- und Bürgerrechte in beiden deutschen Staaten
Einführung: Prof. Dr. Hermann Klenner |
| Donnerstag,
13. Juni | Der 17. Juni 1953 in Berlin-Friedrichshain
Einführung: Prof. Dr. Eckhard Trümpler
Gemeinsame Veranstaltung mit der Geschichtskommission
Friedrichshain-Kreuzberg
Beginn: 17.00 Uhr
Tagungsort: Roter Laden, Weidenweg 17, 10249 Berlin
(Nähe U-Bahnhof Weberwiese) |
| Sonnabend,
29. Juni | 46. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner
Das Nationalkomitee Freies Deutschland und der antifaschistische
Kampf (Zum 70. Jahrestag der Gründung des NKFD)
Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte <i>Undine</i> ,
Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bhf. Berlin-Lichtenberg)
Beginn: 10.30 Uhr |

- Sonnabend,
3. August Kolloquium:
 August Bebel (Zu seinem 100. Todestag)
 Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*,
 Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bhf. Berlin-Lichtenberg)
 Beginn: 10.30 Uhr
- Donnerstag,
5. September Chile 1973 und die Lehren
 Einführung: Prof. Dr. Jonny Norden
- Donnerstag,
10. Oktober Wie Berlin 1948 gespalten wurde
 Einführung: Dr. Norbert Podewin
- Sonnabend,
26. Oktober 47. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:
 Deutschland 1933: Prozesse, Wirkungen, Kontinuitäten, Lehren
 Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*,
 Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bhf. Berlin-Lichtenberg)
 Beginn: 10.30 Uhr
- Donnerstag,
14. November Zu den aktuellen Beziehungen Polen - Russland
 Einführung: Prof. Dr. Eckart Mehls
- Donnerstag,
12. Dezember Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).
 Erfolge und Defizite
 Einführung: Prof. Dr. Jörg Roesler

Der Veranstaltungsplan wird durch eine Donnerstag-Veranstaltung am 16. Mai ergänzt.

Die Donnerstag-Veranstaltungen beginnen jeweils um 16.00 Uhr. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574

Einladung

In Berlin findet am

Sonnabend, dem 23. Februar 2013

eine **Konferenz** zum Thema

150 Jahre deutsche Sozialdemokratie

statt. Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*. Hagenstr. 57
(Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

Vorträge:

Prof. Dr. Ursula Hermann (Schwielowsee)

Von der Gründung des ADAV 1863 bis zum Erfurter Programm 1891 -
Etappen auf dem Weg zur marxistischen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse

Prof. Dr. Heinz Niemann (Bergfelde)

Historische Bilanz der deutschen Sozialdemokratie

Prof. Dr. Georg Fülberth (Marburg)

"New SPD"? Probleme und Perspektiven

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung,
für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079
Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574